

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.40. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Veramalgams-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126.

Dienstag, den 3. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Kartelle und der Zolltarif.

— Eine Aeußerung, die der neue Führer des Zentrums, der Abg. Spahn, kürzlich auf einer Parteikonferenz gethan hat, hat unseres Erachtens in der Presse nicht die verdiente Beachtung gefunden. Dieser Führer der katholischen Brodwucherer hat darauf hingewiesen, daß nach der Annahme des neuen Zolltarifs ein Schutz der Konsumenten vor den Syndikaten sich notwendig machen werde, und daß ein entsprechender Gesetzesentwurf bereits fertig in seinem Kulte liege. Auf die letztere Bemerkung braucht man nicht viel zu geben. Das brave Zentrum ist genau so schamlos kapitalistisch wie alle übrigen bürgerlichen Parteien, und wird dem Kapitalismus nicht groß auf die Füße treten. Was an dem aufgeblöhenen Spahn interessiert, ist der Umstand, daß auch dem Zentrum vor der Wirksamkeit der Syndikate in der Zukunft graut. Dabei trifft es sich mit all den Wagnern, in erster Linie der Sozialdemokratie, die auf die wirtschaftliche Gestaltung unserer Zukunft unter dem Zeichen des Zolltarifs hingewiesen haben.

Geht der vorliegende Zolltarif durch, so wird er der Summation werden, auf welchem die kapitalistische Auswucherung der Massen durch die Syndikate emporzuschleichen wird. Die ganze Ausbeutergesellschaft lauert auf die Absperrung der deutschen Grenzen durch erhöhte Zölle. Geht die Vorlage durch, wird die Konkurrenz des Auslandes auf dem deutschen Markte gelähmt, so werden sie sich wie die Nasgeier auf den deutschen Konsumenten stürzen, um aus ihm Milliardenprofite herauszuholen. Eine Vermehrung der Zahl der Kartelle als auch ihrer wirtschaftlichen Macht wird die baldige Folge der Annahme des Zolltarifs sein.

Die volksausbeuterische Wirksamkeit der Kartelle wird heute noch vielfach unterschätzt. Sie ist größer, als man gemeinhin annimmt. Bereits heute finden sich in Deutschland alle Formen der Vertrustung vor. Sie laufen alle darauf hinaus, die Preise über den natürlichen Stand hinaufzuschrauben und dadurch kleinen Ausbeutergruppen Riesengewinne, der Gesamtheit aber unendlichen Schaden zuzufügen. Der Schaden wächst, sobald die künstliche Vertrustung in die Zeit des Niederganges fällt und die Krisis noch verschärft. Am schamlosesten wird der Wucher, wenn man beobachtet, wie die kartellirten Ausbeuter dem Inlande höhere Preise aufzwingen als dem Auslande.

Wie die Auswucherung der Konsumenten durch die Verbindungen der Kapitalisten in Deutschland fortschreitet, zeigen uns schlagendste die Zahlen. 1887 gab es in Deutschland 70 Kartelle, 1889 war ihre Zahl auf 106, 1890 auf 117 gestiegen. Gegenwärtig wird die Zahl der Kartelle in Deutschland auf etwa 300 beziffert.

Einige Beispiele zeigen die schamlose Wucherpolitik der Kartelle. So hat das Schienenkartell vor einiger Zeit an inländische Abnehmer die Tonne zu 115 Mk., nach Portugal aber für 85 Mark geliefert. Der Verband deutscher Drahtstiftfabrikanten verkaufte, nach einem Geschäftsbericht, im zweiten Halbjahr 1900 dem Inlande 22,3 Millionen Kilogramm zu 25 Mark, dem Auslande 19,4 Millionen Kilogramm zu 14 Mark. Man rechte am Auslandsgehalt 859 000 Mark zu, um dem Inlande dafür 1 177 000 Mark abzuwuchern. Von den deutschen Garnverbraufern wurde im Jahre 1900 darüber gesagt, daß das Kartell der Baumwollspinner nach Holland das Pfund Garn bis zu 5 Pfg. billiger verkaufe, als der Preis für Deutschland betrug. Die Rohseifenproduzenten erhalten, dank der Wirksamkeit des Kohlsyndikats, den Kohlscheurer, als ihre ausländischen Konkurrenten. Dieselben Rohseifenproduzenten liefern wieder dem Halbzugverband Scheurer als zum Weltmarktpreis. Ebenso liefert der Halbzugverband den Drahtzollwerken Scheurer usw. So belasten die Treibereien der Kartelle die deutsche Produktion, wenn man sie als Ganzes betrachtet, in ganz ungeheurer Weise. Und hier haben wir immer nur von den großen Industriekartellen geredet. Besonders schamlos aber wird die Kartellierung auf dem Lebensmittelmarkte. Hier ist jeder Maßstab für die unerhörten Auswucherungen der Konsumenten, welche die Kartellirten zu reichen Leuten machen müssen. Und hier ist es gerade der Arbeiter in den Städten, der brutal gezwungen wird, von seinem Lebensunterhalt zu zinsen und zu zehnten, wie der Handwerker an das Stegreifritterthum des Mittelalters.

Alle diese Kartellbildungen finden ihre Stütze in unserem Schutzollsystem. Das ist der Boden, auf dem die kapitalistischen Sumpfpflanzen emporwuchern. Jede Erhöhung der Schutzollmauern ist von einem Wachstum der Kartelle begleitet gewesen. Es ist daher kein Zufall, daß vor dem Jahre 1879, da die Bismarcksche Zoll- und Steuerreform ihre Wirkung noch nicht entfaltet hatte, im deutschen Reiche nur wenige Kartelle bestanden, und man sich als sicher annehmen, daß jede weitere Steigerung der

Zölle weitere Ausbeuterorganisationen in Gestalt von Kartellen hervorrufen wird.

Die Regierung steht dem mindestens gleichgültig gegenüber. In ihren dickbändigen „Motiven“ zum Zolltarifentwurf hat sie die Kartellfrage so gut wie garnicht berührt und die Minderheit der Zolltarifkommission bewies mehr soziale Einsicht als die Reichsregierung, als sie eine Enquete über Kartelle und deren Zusammenhang mit den Zöllen verlangte. Die zollwucherische Mehrheit sah darin „Obstruktion“ und wies den Antrag an das Ende der ersten Lesung. Jedem aber, der die Verhältnisse aufmerksam beobachtet, muß diese Enquete als die Vorbedingung zu der Frage erscheinen, ob man mit den Agrariern überhaupt in eine Debatte über die angebliche Nothwendigkeit der Zölle eintreten könne. Beschließt die Wuchermehrheit der Zollkommission, die Enquete solle nicht vorgenommen werden, so wird es Sache der Sozialdemokratie sein, im Plenum des Reichstages die Frage aufs Neue anzuregen und eine Erörterung darüber herbeizuführen, wie man dann das Volk vor der Ausplünderungspolitik der Kartelle zu bewahren gedenkt, wenn man ihnen durch die Erhöhung der Schutzollmauer neuen Boden zu ihrem Wachsthum liefert.

In Oesterreich hat man der Wirksamkeit der Kartelle nicht so thatenlos als bei uns zugehört. In Oesterreich sind zwar die Kartelle noch nicht verboten, aber sie sind rechtsumwirksam. Mehrere Anträge zur legislativischen Lösung der Kartellfrage wurden bereits gemacht. 1898 erließen bereits zum dritten Male ein Gesetzesentwurf, welcher die Kartelle unter Staatsaufsicht bringen und die Behörden ermächtigen wollte, besonders gemeingefährliche Kartellbeschlüsse aufzuheben. Neuerdings gingen aus den Beratungen des österreichischen Industrierraths zwei ähnliche Beschlüsse hervor, doch steht die parlamentarische Erledigung noch aus.

Dagegen ist man bei uns in Deutschland noch nicht über allgemeine Diskussionen hinausgekommen. So laut auch die Sozialdemokratie verlangte, daß etwas geschehe, hat sich weder der Reichstag noch die Regierung dazu aufzuschwingen vermocht, dem Großkapitalismus zu nahe zu treten. Im Reichstage wandten sich nationalliberale Großindustrielle, unter der Führung des Lederkönigs Hehl zu Herrnsheim, gegen die Industrielkartelle, weil sie ihnen selbst Schaden und im preussischen Abgeordnetenhaus wurden diese Reichstags-Nationalliberalen von Landtags-Nationalliberalen deshalb auf das Heftigste befehdet. Ein komisches Schauspiel! Herr Müller, der Handelsminister Preußens, hat zwar Ermittlungen über das Kartellwesen in Preußen angestellt, aber er bedient sich dabei der Regierungspräsidenten. Das Resultat wird deshalb ein ganz kümmerliches sein.

Das arbeitende Volk hat ein Lebensinteresse, sich die Kartelle nicht über den Kopf wachsen zu lassen. Der Kampf gegen die Kartelle und gegen den Zolltarif hängt innerlich zusammen: Freie Grenzen, Abschaffung aller Zölle auf Lebensmittel, Rohprodukte und wichtige Bedarfsartikel lassen die Stützen der Kartelle zusammenbrechen.

Politische Blaudschau.

Deutschland.

„Die Verherrlichung des Meuchelmordes.“ Die „Leipz. Volksztg.“ hatte den gegen den russischen Regierungsanarchismus kämpfenden freiheitlich gesinnten Elementen des Russenvolkes ihre uneingeschränkte Sympathie ausgesprochen und sie als heldenhafte Märtyrer einer guten Sache hingestellt. Wie nicht anders zu erwarten, fiel das Gros der bürgerlichen Presse über diese „Verherrlichung des Meuchelmordes“ her. Der „Vorwärts“ diene den Herrschaften mit der Erklärung, daß die gesamte Sozialdemokratie die Empfindungen der „Leipz. Volksztg.“ theile. Wir haben das als so selbstverständlich angesehen, daß wir es garnicht erst besonders betont haben. Da nun aber die sich „liberal“ schimpfende Presse, worunter selbstverständlich die „L. u. N.“ nicht fehlen, versucht, die „übrige“ Parteipresse gegen den „Vorwärts“ anzuspüren, wollen wir ihr das Vergnügen bereiten, unsererseits uns der Erklärung unseres Zentralorgans vollinhaltlich anzuschließen. Was die „Scharfmacher“ damit anfangen, läßt uns herzlich kalt. Die sind bekanntlich fähig, schon aus einem kräftigen Umstürzler einen Hochverrathsverfuch herauszuhören. Die „liberale“ Presse aber sollte einmal sich daran erinnern, daß unter den Vorkämpfern ihrer eigenen „Pressfreiheit“ sich „Meuchelmörder“ nach dem Jargon der Scharfmacher befanden. Oder will sie ihre Väter verleugnen? Und die kapitalistisch-agrarische Presse? Unter den Revolutionären in Rußland, die sich gegen das barbarische Knutenregiment auflehnten, befanden sich zahllose deutsche Bauern. 50 000 deutsche Ansiedler sind in hellem Aufbruch und werden niedergeknüppelt von schnapsberauschten Kosaken, friedliche Landknechte von halbwildem Unmenschen. Wenn man aus diesen „Agrariern“ ein „Meuchelmörder“ aufsteht? Man sollte doch vorsichtig sein mit dieser Art Titulierung!

Su der Zolltarifkommission wurden Freitag die

Sätze für Soda, Doppelkohlenlaures Natron, Aeknatron und Pottasche (Positionen 285—290) nach der Regierungsvorlage angenommen und der Zoll auf Chlorkalk auf eine Mark festgesetzt, während im Tarif 2 Mk. vorgesehen waren. Die von Antrick (Soz.) unter Angriffen auf die Papierfabrikanten beantragte Zollfreiheit wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. In der Sitzung am Nachmittag wurden die Positionen 291 bis 294 unter Ablehnung aller Anträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten auf Zollfreiheit für Kupfervitriol und Natriumsulfat unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen. Die Regierungsvertreter versuchten den Beweis zu führen, daß der Kupfervitriol den Weinbau nicht belaste. Ferner wurden angenommen die Pos. 295 bis 299, unter Ablehnung des Antrages der Freisinnigen, die Zollfreiheit des Zinnoxids im Interesse der Emailleindustrie beizubehalten. Pos. 300 wurde mit einem von dem Abg. Witt (Z.) beantragten Zusatz, wonach auch Meinitrat 3 Mk. Zoll entrichtet, ferner Pos. 301 und 302, letztere unter Streichung des Meinitrats, und ebenso Pos. 303 bis 306 nach der Vorlage genehmigt. Bei Pos. 307, wonach Essigsäuresalze zollfrei sind, wurden die früher übergangenen Pos. 185, Essig in Fässern, und Pos. 275, Essigsäure, hinzugenommen, desgleichen die späteren Pos. 347, Holzgeist roh, und Pos. 348, gereinigter Holzgeist, mitbehalten. Es lagen fünf Anträge vor. Die Kommission vertagte sich, nachdem eine Anzahl Anträge begründet worden waren. Die Weiterberatung findet am Dienstag statt.

Die Aufhebung des Diktatur-Paragrafen. Die Vorlage über die Aufhebung des Diktatur-Paragrafen ist, wie die „Südd. Reichsfor.“ aus Straßburg berichtet, nunmehr vom Reichskanzler dem Bundesrath unter dem 27. Mai zur Beschlußnahme vorgelegt worden. Die Vorlage bestimmt einfach, daß die durch § 2 des Gesetzes, betreffend die Befassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens vom 4. Juli 1879, in Verbindung mit § 10 Absatz 1 des Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Einrichtung der Verwaltung vom 30. Dezember 1871, dem Statthalter in Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten aufgehoben werden. Eine kurze Begründung ist der Vorlage beigefügt.

Deutsche Hasen und polnische Kaninchen. Graf Bülow hat sich interviewen lassen. Der Pariser „Figaro“ bringt eine zwanglose Plauderei des ersten deutschen Staatsmannes über die politische Lage und Wolffs offizielles Bureau bezieht sich, die Weisheit des „Figaro“ als neuestes Orakel aller Welt, die es hören will, zu vermitteln. Noch zweifelsohner wird allerdings die Echtheit des Figaro-Interviews durch den Inhalt, besser noch gesagt: Inhaltlosigkeit, die Nichtigkeiten der Bülow'schen Ausführungen selbst erwiesen: man glaubt ihn förmlich reden und posieren zu sehen, wenn man dieses staatsmännische Feuilletton genießt. Als erstes Thema wurde zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Interviewer die Polenvorlage besprochen. Im Verlaufe dieses Theiles der Unterredung wies Graf Bülow auf den Park seines Palastes und sagte: „Sehen Sie hinaus in diesen Park. Sie sehen da zehn Hasen und fünf Kaninchen, so würden sehr bald fünfzehn Hasen und hundert Kaninchen vorhanden sein. Bei aller Achtung vor den konstitutionellen Rechten der Polen ist die Wahrung unserer nationalen Existenzbedingung dringend geboten. Zur Zollfrage sagte Graf Bülow: Die „Politik der Diagonale“ wird mir nicht leicht gemacht. Sollte einer versuchen, das Beispiel des Paris nachzuahmen, Minerva und Juno würden ihm die Augen anstrafen!“ Der unveränderte Dreibundvertrag enthält keine Verpflichtung Italiens gegen Frankreich. Der Vertrag ist überhaupt rein defensiv und friedlich. Der Abschluß der Handelsverträge ist eine gesonderte Aufgabe; sie wird vor Jahresfrist beendet sein. Für China sucht Deutschland keinen Verbündeten. Man sprach von einer Vereinigung mit den Vereinigten Staaten bezüglich China. Das ist ganz unmöglich. Deutschland wird stets mit den Vertheidigern des Friedens sein. Auch in diesem Sinne besteht vollste Uebereinstimmung des Zweibundes mit dem Dreibunde. Selten hat der Horizont so wenige schwarze Punkte gezeigt. Schließlich erkannte Bülow wärmstens den Lakt und die Würde, die Coubet in Petersburg beobachtet hat, an. — Das ist viel auf einmal gesagt, und es geht ein wenig toll durcheinander. Polen, Hasen, Kaninchen, Zolltarif, Urtheil des Paris, China, Coubet — ein politisches Ragout von wunderlicher Mischung. Am interessantesten sind jedenfalls die Ausführungen über die Zollfrage. Die Wendung von der Diagonale ist eine Umschreibung der zwei Stühle-Theorie des Kollegen Müller. Etwas mythisches klingt der Satz vom Abschlusse der Handelsverträge. Nach der Aeußerung des Kanzlers muß man annehmen, daß er die Handelsverträge unabhängig vom Zustandekommen des neuen Zolltarifentwurfes abzuschließen beabsichtigt, d. h. daß er ein Zustandekommen dieses Entwurfes für unmöglich hält. Dann möge er aber auch schleunigst die Konsequenz ziehen und der Quälererei in der Zolltarifkommission, der Unsicherheit in der öffentlichen

Meinung ein Ende machen dadurch, daß er den Entwurf zurückzieht.

Unverschämtheit der Industriezöllner. Die Fahrradfabrikanten fordern eine Erhöhung des Schutzolls, der Wettbewerb des Auslandes sei zu empfindlich. Mit anderen Worten: man fühlt sich in der inländischen Preisgestaltung nicht unbeschränkt. Wie steht's aber mit dem gefährlichen Import? Die Statistik des deutsch-amerikanischen Außenhandels von Fahrradern und Fahrradteilen ergibt für Deutschland von 1897 bis 1901 einen Nachlaß des Imports von 7 auf 2 Millionen an Werth, wogegen der Export von 9 auf 12 Millionen gestiegen ist. Da sollte man doch meinen, müßte der Zentralverband deutscher Industrieller, in dessen Organ, der „Deutschen Industriezeitung“, die Leistungsfähigkeit der deutschen Fahrradindustrie statistisch verherrlicht wird, die vorgeschlagene Erhöhung des Fahrradzolls auf 150 Mark pro Doppelzentner, das heißt auf 18 Prozent des Werthes, weit von sich weisen. Aber weit gefehlt.

Ablehnung von Industriezöllen durch Unternehmer. Der Verband der Arbeitgeber im Schneidergewerbe in Fürth i. B., der sämtliche Kleinmeister umfaßt, beschloß, gegen die Erhöhung des Zolles auf Stoffe und Zuthaten zu protestieren, da die Maaschneiderei keinerlei Nutzen davon habe. Der Beschluß ist nun so bemerkenswerth, als i. B. hervorragende Großindustrielle dieser Branche sich für die Erhöhung des Zolles ausgesprochen haben.

Die Krankenversicherung der Heimarbeiter soll bekanntlich am 1. Januar 1903 beginnen. Der im Handelsministerium ausgearbeitete Entwurf der zu diesem Zweck zu erlassenden Verordnung, der demnächst den Bundesrath beschickten wird, liegt gegenwärtig den Regierungspräsidenten zur Begutachtung vor. Die Hauptbestimmungen des Entwurfs lauten, wie der „Volkswitz“ berichtet wird: 1. Die Anwendung der Vorschriften des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes wird auf selbstständige Gewerbetreibende erstreckt, die in eigenen Betriebswerkstätten im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden, und zwar auch für den Fall, daß sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen und auch für die Zeit, während welcher sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten. 2. Die An- und Abmeldung der Hausgewerbetreibenden erfolgt durch ihre unmittelbaren Arbeitgeber. 3. Für die Einzahlung der Beiträge und der Eintrittsgelder für die Hausgewerbetreibenden und für ihre versicherungspflichtigen Hilfspersonen hatten vorbehaltlich der Wiedereinziehung nach Maßgabe von §§ 53, 54, Abs. 6 des Krankenversicherungsgesetzes, die unmittelbaren Arbeitgeber der Hausgewerbetreibenden, in deren Auftrag die Waaren hergestellt oder bearbeitet sind. Als Gesamtschuldner dieser Haftung bleiben die Hausgewerbetreibenden selbst für die Einzahlung der Beiträge und die Eintrittsgelder für ihre versicherungspflichtigen Hilfspersonen haftbar. 4. Die Beiträge für die Hausgewerbetreibenden und für ihre versicherungspflichtigen Hilfspersonen sind zu zwei Dritteln von den Hausgewerbetreibenden und ihren versicherungspflichtigen Hilfspersonen, zu einem Drittel von den unmittelbaren Arbeitgebern der Hausgewerbetreibenden und falls durch diese als Zwischenpersonen die Beschäftigung vermittelt ist, von denjenigen Gewerbetreibenden zu bestreiten, in deren Auftrag die Waaren hergestellt und bearbeitet sind. Die Hausgewerbetreibenden haben für die Zeit vorübergehender Beschäftigung für ihre eigene Rechnung die Eintrittsgelder und die vollen Beiträge für ihre Person aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Beschäftigten sie in dieser Zeit versicherungspflichtige Hilfspersonen, so haben sie auch für diese die Eintrittsgelder und die Beiträge einzuzahlen und die Beiträge zu einem Drittel zu tragen, während die übrigen zwei Drittel von den versicherungspflichtigen Hilfspersonen zu tragen sind.

Eine mißglückte Staatsaktion. Die Vertheilung von Flugblättern an Soldaten beschäftigte Freitag die dritte Strafkammer des Landgerichts II in Berlin. Am Dienstag den 8. September v. J. verurtheilte, wie bereits mehrfach von uns gemeldet wurde, unsere Genossen Lötzer Robert Seeger und Zimmermann August Neumann in Wipperfurth ein Flugblatt, welches sich gegen Bolkowicz und Brodowicher richtete und die Ueberschrift trug: „Die Vertheilung des Hungers.“ In Wipperfurth lag aber am dem Tage wegen des in der Gegend stattfindenden Karabers Einquartierung, und da die beiden Angeklagten zunächst nach dem Dorfstrafe gingen und dort Flugblätter auf den Tisch legten, obwohl Soldaten daran saßen, und da sie auch in den einzelnen Häusern Flugblätter abgaben, in denen ebenfalls Soldaten lagen, so wurden die Angeklagten auf Veranlassung eines Hauptmannes angehalten und später unter Anklage gestellt. Die Staatsanwaltschaft ging von der Thatsache aus, daß ein Korpsbefehl des Generalkommandos besteht, welcher das Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Schriften und die Einfuhrung solcher in die Kasernen verbietet, und nahm daran an, daß die Angeklagten extra den Sonntag benutzt hätten, an welchem Einquartierung im Orte lag, um die Flugblätter unter die Soldaten zu bringen und diese zur Einfuhrung in die Kasernen und zur Weiterverbreitung anzuhalten. Der Gerichtshof erkannte dahin, daß den Angeklagten nachgewiesen werden müsse, daß sie wußten, daß die Soldaten sozialdemokratische Schriften weder lesen noch verbreiten oder gar in die Kasernen einführen dürfen. Dieser Nachweis sei nicht geführt. Die Angeklagten seien daher freizusprechen. Alle Scherzreden des Staatsanwaltes hat also nichts genützt!

Sam deutsch-polnischer Kriegsschauplatz. Gegen die „Gazeta Polska“ in Szeged (Schleien), die erst seit 6 Wochen erscheint, hat man bereits 15 Prozesse anhängig gemacht; eine Zahl, wie sie wohl bisher selbst von einem Blatte unserer Partei noch nicht erreicht worden ist. Wie jeder verlässliche polnische Blätter mittheilt, sollte vom 1. Juni ab der polnische Gesand, den die Bergleute vor Beginn jeder Schicht anfirmieren, in den Bergwerken Überwachungsanstalten. Die Regierung habe von diesem Versuch ab den polnischen Bergleuten verboten — Die Polizei der kleinen Arbeiterviertel wird natürlich gerade bei den von der polnischen Regierung nicht gemünzten Erzeugnissen.

Der internationalen Bewegung für gelehrten

Arbeiterschutz hat sich jetzt, wie die „Soziale Praxis“ berichtet, auch das Deutsche Reich angeschlossen. Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) hat mitgetheilt, daß er sich auf der Delegirtenversammlung in Köln (22. Septbr. 1902) durch einen Delegirten vertreten lassen werde, dessen Benennung er sich vorbehält. Oesterreich will dem internationalen Arbeitsschutz in Wien eine im nächsten Finanzgesetz zu bestimmende Summe gewähren, und behält sich die Entsendung eines Delegirten zu den Sitzungen des Komitees vor. — Die dem Freiherrn v. Verleßsch nahestehenden Herren sind sehr bescheiden und freuen sich, wenn die Reichsregierung nur einen Vertreter sendet. Bei den Unternehmer- und Arbeiter-Tagungen erscheinen die Regierungsvertreter regelmäßig. Der Zentralverband deutscher Industrieller war schon in der Lage, Protokolle zu veröffentlichen, nach welchen ein ganzes Dutzend Regierungsvertreter, darunter leibhaftige Staatssekretäre, als Delegirte erschienen waren. Ob aber die Regierung die 1890 in den Februarerlassen so stolz verkündete Politik jetzt treiben wird, ist fraglich. Damals, als Freiherr von Verleßsch noch Minister war, kapitulirte das soziale Königthum vor Stumm und den anderen Scharfmachern.

Der Landbund als Aktionär. Herr Dr. Diederich Hahn, der in der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie das große Wort geführt hat, ist, wie sich jetzt herausstellt, keineswegs persönlich Aktionär, sondern er hat in der Generalversammlung den Antheil der Aktien des Bundes der Landwirthe an der Hamburg-Amerika-Linie vertreten. Die Aktien sind, wie das Bundesblatt erklärt, nicht geliehen, um Einfluß auszuüben, sondern befinden sich in festem Besitze des Bundes, der durchaus nicht die Absicht hat, sich derselben zu entäußern. Dazu bemerkt die ultramontane „Germania“:

„Eine sehr pikante Enthüllung, die gewiß noch eine weitere Diskussion nach sich ziehen wird. Wer hätte wohl jemals daran gedacht, daß der Bund der Landwirthe, der doch nur die Interessen der nothleidenden Agrarier“ vertreten will, dessen Organe das Wort des Kaisers „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ ebenso schon angegriffen haben, wie sie den persönlichen Einfluß der Generaldirektoren Ballin und Bielow auf den Kaiser vor den Mitgliedern des Bundes der Landwirthe bisher zu verächtlichen Gerüchten haben, in dem Erwerb von Schiffahrts-Aktien eine Aufgabe des Bundes erblickten? In allen „Rechnenschaftsberichten“ auf den Generalversammlungen des Bundes der Landwirthe ist niemals von einem solchen Aktienbesitz die Rede gewesen. Die Mitglieder des Bundes der Landwirthe werden auch schwerlich geglaubt haben, daß ihre Beiträge zu solchem Aktienwerb und zu kapitalistischen Spekulationen verwendet werden. Das Direktorium des Bundes der Landwirthe aber jecint, wofür auch mancherlei andere Anzeichen sprechen, den Bund der Landwirthe zugleich zu einem Finanzinstitut auszubilden zu wollen, ganz nach dem Muster der vielgeschmähten amerikanischen Trusts.“

Die Seevereinigungsgesellschaft hielt ihre 16. Generalversammlung am Sonnabend in Düsseldorf ab; den Vorsitz führte Kragmann-Hamburg. Zu den Unfallverhütungsvorschriften wurden 150 angeblich „bedeutende“ Abänderungsvorschläge angenommen. Um die Invaliden-, Wittwen- und Waisenversicherungskasse schneller zu verwirklichen, soll am 1. Oktober eine Zahlung aller Besatzungen deutscher Schiffe zur besseren Ermöglichung des Kostenüberschlags stattfinden. In der Tiefseefahrt werden die Arbeiten des Germanischen Lloyd's weiter beschleunigt, auch eine Tiefseefahrt für Dampf soll später Berücksichtigung finden. Die Errichtung einer Kettenprüfungsanstalt soll von der Stellungnahme der Regierung bezüglich einer pekuniären Unterstützung abhängig gemacht werden. Für das nächste Jahr wurde Bremen als Zusammenkunftsort angesetzt.

Die Angestellten der Stuttgarter Straßenbahn traten, da ihre Forderungen seitens der Direktion nicht anerkannt wurden, am Sonnabend in den Streik. Gegen 400 Schaffner und Fahrer haben sich dem Streik angeschlossen, nur etwa 20 Angestellte nahmen ihren Dienst auf. Der Betrieb ruht auf sämtlichen Straßen vollständig. Aus Heilbronn und Karlsruhe hatte die Direktion einige Streikbrecher requirirt, diese haben aber zum größten Theil Stuttgart sofort wieder verlassen. Auch Mannheim ist um Aushilfe angegangen worden, doch hat eine telephonische Anfrage des Streikbureaus in Mannheim ergeben, es bestehe keine Aussicht, daß Oberbürgermeister Beck von der dortigen städtischen Bahn Personal abgeben werde. Nachmittags fanden bereits Vergleichsverhandlungen unter dem Vorsitze des Generalrichters Dr. Sigel statt, doch liegt uns bisher noch keine Meldung vor, ob sie zu einem für beide Theile befriedigenden Ergebnis geführt haben. — Nach den neuesten Meldungen sind die Vergleichsverhandlungen gescheitert, weil die Direktion sich gegenüber der Hauptforderung (Anerkennung der Koalitionsfreiheit) ablehnend verhielt und nur geringfügige Lohnerhöhungen bewilligen wollte. Der Ausstand und die Betriebs Einstellung dauern daher fort.

Bismarck und Stosch. Ueber einen Konflikt mit Bismarck berichtet General und Admiral v. Stosch in seinen jenen in der „Deutschen Revue“ veröffentlichten Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1866 bis 1870. Gleich bei Beginn seiner kriegsministeriellen Thätigkeit wurde General von Stosch in die rein politische Sphäre gezogen, und zwar zum Zweck des Abschlusses der Militär-Konvention mit Sachjen für den Uebergang der sächsischen Truppen in den Verband des Norddeutschen Bundes. Er ließ Bismarck einen Vertragentwurf überreichen. Wie dieser ausgenommen wurde, erzählte er wie folgt: „Nach einigen Tagen ließ mich Bismarck kommen. Er hatte bisher in mir einen Mann gesehen, der offen seinem hohen Geiste und seiner raschen Energie huldigte; und so lange ich für ihn, in seinem Streben nach Einverleibung mit dem Kronprinzen eine gewisse Bedeutung besaß, hatte ich mich seiner größten Höflichkeit preis zu räumen. Jetzt war ich für ihn nur ein beliebiger Hilfsarbeiter, und das mußte ich spüren. Er ließ mich sitzen und nahm mit mir meine Arbeit durch, wie der Schullehrer das Opus eines dummen und widerpenflichen Zöglings. Es blieb kein gutes Haar daran. Er überschüttete mich mit der ganzen Fülle seines Zornes, mit den spitzesten Pfeilen seines Spottes, von den unerschütterlichen Höhen seiner Ueberlegenheit und demonstirte, daß ich König und Vaterland und das zukünftige Reich und den Kaiser schwer geschädigt habe. Jeder Einwand wurde mir abgelehnt; mir blieb nichts übrig, als zu schweigen

und abzugehen. Kurze Zeit darauf wurde mir der selbe Vertrag — nur stilistisch an einigen Stellen abgeändert — aus dem Auswärtigen Amt durch Savigny wieder zugestellt mit dem Ersuchen, die beiderseitige Vollziehung zu veranlassen. Für mich ergab sich daraus die Frage, welchen Zweck die geschilderte Szene gehabt habe; aber auch die Lehre, daß mir Aehnliches nie wieder passieren dürfe. Und danach habe ich fortan gehandelt. Auch Bismarck hat die Sache nie vergessen. Er liebte es stets, seinen Mitarbeitern Beweise seiner Gewalt zu geben. Ihre Verdienste waren immer die feinsten; passirte aber ein Malheur, so war der Untergebene der allein Schuldige, selbst wenn er nur auf bestimmten Befehl gehandelt hatte. Als später der sächsischen Vertrag in der Deffentlichkeit vielfach angegriffen wurde, sagte er, dieser Vertrag sei ihm erst nach der Vollziehung bekannt geworden.“ — Dieser Vorfall zeichnet so recht den Charakter des „Heros“ der Nationalliberalen.

Ueber den Tod des Oberleutnants Nolte, der, wie seinerzeit gemeldet wurde, am 1. Februar im westlichen Kamerungebiet von einem Häuptling der Eingeborenen erstoichen worden ist, wird jetzt auf dem Umrwege über die benachbarte englische Nigerkolonie folgende Darstellung verbreitet: Bei dem britischen Militärposten Jbi am Benu im Nigergebiet ist nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ die Nachricht eingetroffen, daß nahe der englisch-deutschen Grenze der leitende Offizier einer deutschen Expedition mit dem Emir von Banjo in Streit gerieth, ihn bei der Kehle packte und alsbald von ihm mit einem Messer erstochen wurde. Ein Begleiter des ermordeten Offiziers erschloß daraufhin den Emir und wurde dann selbst von dessen Leuten niedergemacht. Die Meldung schließt mit den Worten: „Ein allgemeiner Kampf folgte, und schließlich wurde die Stadt zerstört.“ — Hoffentlich trifft nun auch bald ein deutscher amtlicher Bericht über diese Vorgänge ein.

Kleine politische Nachrichten. Die Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses für die Polen-Vorlage hat die Erhöhung des Anstiehlungsfonds von 200 Millionen auf 350 Millionen Mark mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen und den zweiten Artikel, die Forderung von 100 Millionen für Domänenankauf betr., mit 13 gegen 7 Stimmen. — Der Zentralverband deutscher Industrieller wird am 10. September d. J. in Düsseldorf eine Versammlung abhalten. — Die Regierung von Weimar hat den vom Landtag einstimmig verlangten Gesetzentwurf betr. Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes für Sachsen-Weimar-Eisenach abgelehnt. Unmöglich kann sich der Landtag die Nichtbeachtung seines Beschlusses gefallen lassen. — Die Stadtverordneten von Potsdam haben einstimmig den Beschluß gefaßt, die Anlage und den Betrieb der Straßenbahn in städtische Verwaltung zu nehmen und den Betrieb in einen elektrischen umzuwandeln. Die Kosten in der Höhe von vorläufig einer Million Mark sollen durch eine Anleihe gedeckt werden. Die Potsdamer Straßenbahngesellschaft hat nur bis zum Jahre 1905 Konzession. — Der Student Woth, der wegen Veröffentlichung mehrerer Aeußerungen aus einem Universitätsvortrage des Professors Dr. Schmoller zu einer Geldstrafe verurtheilt wurde, ist, wie schon gemeldet, wegen des nämlichen Vergehens von der akademischen Behörde mit der Disziplinarstrafe des consilium abeundi bestraft worden. Woth macht nun die „Kreuzzeitung“ Herrn Schmoller darauf aufmerksam, daß für ihn nach § 86 des Gesetzes über das Urheberrecht nunmehr noch die Möglichkeit bestehe, den Studenten auf Ersatz des durch die Veröffentlichung verursachten Schadens zu verklagen. — Nach mehrtägigen Verhandlungen schloß, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, der Vorstand des Amerikanischen Konsulats der Kalifornien mit dem südamerikanischen Düngrerüst einen mehrjährigen Lieferungsvertrag ab, wonach sich der genannte Trust verpflichtet, als Kalidünger lediglich die Erzeugnisse des Guadalupe in Südamerika zu vertrieben. — Der preussische konser-vative Landtagsabgeordnete v. Kownacki-Lauenrosee wurde Freitag auf der Potsdamerfrage in Berlin von einem Disziplinargesetz und ohnmächtig zur Unfallstation übergeführt. Dort erholte er sich und konnte sich nach Hause begeben. — Aus Lemberg wird gemeldet: Frau Wajeda, die im Wrejschauer Prozesse als Hauptangeklagte zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt und deren Geadungsuch vom Deutschen Kaiser abgelehnt worden ist, ist gestern in Lemberg angekommen, um sich, wie sie polnischen Journalisten erklärte, dem Straftritt zu entziehen. — Präsident Loubet hat gelegentlich seiner Reise nach Rußland 230 wegen Verbrechen oder Vergehen gegen das gemeine Recht verurtheilte Personen theils völlig begnadigt, theils die Strafen herabsetzt oder umgewandelt.

Oesterreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhause nahm Sonnabend das Gesetz betr. das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und in Mühlenfabrikaten in allen Lesungen an.

Rußland.

Ein russischer Bräufewitz. Wie aus Warschau gemeldet wird, hieb auf der Bahnfahrt von Warschau nach Thorn der russische Offizier Freileben mit einem Säbel den Kaufmann Urbanski ohne jede Ursache nieder. Die Verletzungen des Kaufmannes sind tödtlich.

Rußland und die Mandchurei. Als das Abkommen Rußlands mit China hinsichtlich der Räumung der Mandchurei veröffentlicht wurde, zweifelte man allgemein sofort daran, ob diese papiernen Bestimmungen thatsächlich China die Gewähr gäben, daß der russische Vär seine Truppen von der Mandchurei zurückziehen würde. Wie gerechtfertigt diese Zweifel waren, geht aus folgender Nachricht hervor: Vor einiger Zeit schickte der Vizefürst Yuan-Schih-tai einen auf der Militärakademie von Tientsin ausgebildeten chinesischen Offizier als gewöhnlichen Kuli verkleidet in die Mandchurei, damit er dort Erkundigungen über die Stärke der russischen Truppen einziehe. Der betreffende Mann ist seiner Aufgabe in umfangreichem Maße gerecht geworden, denn in seinem Bericht an den Vizefürst finden sich die genauesten Angaben über die Stärke der verschiedenen Waffengattungen in den einzelnen Theilen der Mandchurei. Als Gesamtsumme ergeben sich demnach nicht weniger als 116 000 russische Soldaten, die noch auf chinesischem Boden stehen. Nicht eingerechnet sind dabei die Mannschaften zur Bewachung der Eisenbahn, die etwa 8000 Mann stark sind. Endlich schätzt der Berichterstatter die Stärke der in Ostibirien befindlichen Truppen auf weitere 130 000 Mann. Wenn diese Zahlenangaben richtig sind — und man hat keinen Grund, sie für übertrieben zu halten — so handelt es sich um etwa eine Viertelmillion Soldaten, deren Verschiebung Rußland für zweckmäßig gehalten hat. Und

da sollte es ernstlich an die Räumung der Mandchurien denken?

Abermals ein Attentat. Wie der „Berl. Zig.“ aus New gemeldet wird, stürzte sich der neunzehnjährige Tscheschepega im Garten der Kaufmannsgesellschaft auf den Generalleutnant Weiß, warf ihn zu Boden und verfecht ihm mehrere Messerstiche. — Die That des Tschespega — die Wichtigkeit der Nachricht vorausgesetzt — ist ein Glied in der Kette der politischen Attentate, mit denen in letzter Zeit eine ganze Reihe von Großwürdenträgern des russischen Reiches bedroht worden ist. Die Staatsmänner Rußlands haben Wind gesät und nun ernten sie Sturm.

In Warschau wurden 34 polnische Studenten, die am 3. Mai eine Erinnerungsfeier der polnischen Konstitution veranstalteten, zu je drei Monaten Arrest verurtheilt.

Explosion. In dem Bergwerk Bresen (?) bei Warschau fand am 30. Mai eine Explosion statt, bei der 56 Personen umkamen. Nur 12 Personen sind gerettet. Die Todten sind hauptsächlich ausländische Polen.

Niederlande.

Die Lage in Enschede ist infolge des Weberstreiks kritisch. In den letzten Tagen kamen nach Meldungen bürgerlicher Blätter wiederholt Zusammenstöße vor; Militär wurde requirirt. Allgemeine Unruhen werden befürchtet. — Statt durch das Aufgebot des Militärs die Leidenschaften erst recht noch zu entflammen, sollte man lieber dem Unternehmertum nahe legen, weniger provozierend aufzutreten.

Algier.

Arabischer Ueberfall einer französischen Abtheilung. Ein Leutnant der Garnison in Salah, welcher mit eingeborenen Truppen von einem Strafzuge gegen die Tuareks in der Gegend von Tdelek zurückkehrte, wurde von einem Trupp von 300 auf Kameelen reitenden Tuareks angegriffen. Die Tuareks wurden geschlagen und ließen 71 Todte auf dem Schlachtfeld zurück. Von der französischen Abtheilung wurden drei eingeborene Soldaten getödtet; unter den zehn Verwundeten befindet sich der Leutnant, welcher leicht an der Schulter verletzt ist.

Transvaal.

Frieden! Endlich kommt aus Südafrika die so sehnsüchtig erwartete Botschaft, daß der Friede zu Stande gekommen ist. Sonnabend Abend um 10 Uhr 30 Min. wurde, wie offiziell gemeldet wird, in Pretoria das Friedensprotokoll von den Burenführern sowie Milner und Kitchener unterzeichnet. Ueber die Friedensbedingungen selbst besagt die Meldung noch nichts. — So hat denn endlich, nach ungefährl. zweieinhalbjähriger Dauer, der menschenmordende Kampf in den südafrikanischen Gefilden sein Ende gefunden, den England so ruhmlos geführt hat. Es hat zwar schließlich dank seiner Uebermacht „gesiegt“, aber es ist nur ein Pyrrhusstieg. Die Forderung der Unabhängigkeit haben die Buren anscheinend fallen lassen müssen, sonst aber dürften auch die Engländer offenbar in vielen wichtigen Punkten nachgegeben haben, um den Krieg, der von ihnen nicht weniger ungeheure Opfer an Gut und Blut forderte, endlich beendigen zu können.

Steijn ist, nach einer Meldung aus Pretoria, lebend; er hat eine Lähmung erlitten und an der Konferenz in Vereeniging nicht theilgenommen, sondern ist nach Krügersdorp gereist.

av. Kriegsverluste. Es scheint, daß in Südafrika jetzt der Frieden winkt. Sollten sich die Hoffnungen erfüllen, so wird jedenfalls auch bald die Abrechnung über die Kosten erfolgen, die durch den Krieg dem britischen Staat an Menschenleben und Geld entstanden sind. Es ist etwas verdächtig, daß vor der Veröffentlichung der endgültigen Zahlen in einem der ersten englischen Blätter ein Vergleich zwischen den Verlusten im russisch-türkischen Krieg von 1877/78 und dem südafrikanischen Krieg gezogen wird, der eine Deutung sehr zu Gunsten des Letzteren erfährt. Man wird sich also jedenfalls als sehr hohe Kosten gefast machen dürfen, wenn die ungeheuren Verluste des russisch-türkischen Krieges überhaupt zum Vergleich herangezogen werden. Dieser dauerte 18 Monate, also um ein Jahr weniger lange als der Burenkrieg. Die russischen Streitkräfte betragen 505 000 Mann, zweimal mehr als die der Engländer in Südafrika. Die russische Armee war in zwei große Flügel getheilt, von denen der rechte die Donau beherrschte, während der linke über den Kaukasus vordrang. Die Donau-Armee verlor 51 000 Mann durch Krankheit, 16 000 in der Schlacht, die Kaukasus-Armee 37 000 bezw. 12 000. Der Gesamtverlust betrug demnach 88 000 Mann durch Krankheit und 28 000 durch Wunden und zusammen 116 000. Die schwersten Verluste, nämlich 31 000 Mann auf einem Schlachtfeld, waren selbstverständlich vor Plevna zu verzeichnen. Im Vergleich zu diesen Zahlen sollen wie gesagt die englischen Verluste in Südafrika gering gewesen sein, jedoch wird diese Angabe vorläufig nicht überall Glauben finden.

Vereinigte Staaten.

Rassenkrieg in Georgia. Aus Atlanta im Staate Georgia, wird unter dem 17. Mai geschrieben: Vier Weiße und drei Farbige getödtet und fünf Weiße und ein Farbiger verwundet, ein ganzes Häusergeviert niedergebrannt — das ist das Resultat eines Rassenkampfes, welcher heute in aller Morgenfrühe zwischen der Polizei und einem Haufen Farbiger und bis spät in den Tag hinein tobte. Der Kampf ereignete sich in Pittsburg, einem hauptsächlich von Farbigen bewohnten Vorort im Süden der Stadt. Die Polizisten versuchten, fünf Farbige zu verhaften, welche in Verdacht standen, den früheren Polizisten Merlin Tags vorher beinahe todtgehauen zu haben. Die Farbigen verschanzten sich in einem Hause und setzten sich verzweifelt zur Wehr. Als die Kunde von der Affäre, die beinahe den Charakter einer Revolte annahm, nach dem städtischen Polizeihauptquartier kam, wurden sofort ganze Wagenladungen mit Polizisten nach der Stätte des Auftrahs gesandt, und Gouverneur Candler rief eine Abtheilung der Staatsmilizen zu den Waffen. Das Haus war gänzlich unbelenchtet, aber als die Polizisten sich demselben näherten, fielen Schüsse und Polizist Heard brach zusammen. Man schloß sich dann zu einer regelrechten Belagerung des Hauses an, bis der Tagesanbruch einen Sturm auf dasselbe möglich machte. Um 6 Uhr Morgens forderte man die im Hause befindlichen Farbigen auf, sich zu ergeben. Eine Salve war die Ant-

wort der verzweifelten Farbigen, und Polizist Battie stürzte todt zusammen. Die Angreifer zogen sich jetzt zurück, versteckten sich hinter Bäume, Telegraphen- und Trolley-Pfeiler und unterhielten eine regelrechte Kugelade auf das Haus. Die Polizisten machten nun den Versuch, sich der Rückwand des Hauses zu nähern und dasselbe in Brand zu stecken. Der Versuch kostete zwei Polizisten das Leben. Hunderte von Weißen waren jetzt auf der Kampfplätte zusammengekömmt und Gouverneur Candler, das Schlimmste fürchtend, sandte 50 Mann und ein Geschütz (!) nach der Walfst. Das Haus brannte jetzt lichterloh und man sah, wie mehrere Fenster nach Nachbarhütten rannten und sich daselbst versteckten. Auch diese wurden alsbald in Brand gesetzt und die Farbigen zum Verlassen der brennenden Gebäude gezwungen. Dazwischen trachten die Schiffe der immer verzweifelter werdenden Farbigen und der Polizisten, und zwei Neger wurden niedergeschlagen, als sie entfliehen wollten. Dabei hatte die Polizei die größte Mühe, den Brand, welcher das ganze Viertel ergrieffen hatte, zu löschen und die verhafteten Farbigen vor dem Lynchjustigen weißen Mob, der vielleicht auf 2000 Leute angewachsen war, zu schützen. In einer Stunde war das Häusergeviert niedergebrannt.

China.

Die Boxer sind wieder da. Der Kreuzzug der Großmächte hat ihnen also absolut nicht imponirt. Eine Meldung der „Daily Mail“ aus Schanghai besagt, in der Provinz Szechuan traten Boxer thätig auf. Sie hätten den Beamten in Yangtsin die Mittheilung zugehen lassen, daß sie alle Fremden umbringen wollen. Katholische und protestantische Kirchen seien bereits von diesen Aufständischen zerstört, viele Personen getödtet und beraubt worden; aus allen Dörfern werde Anhängerschaft herbeigezogen. Truppen zur Unterdrückung des Auftrahs seien abgegangen. — Wozu war also das ganze blutreiche und kostspielige China-Unternehmen?

Möbel und Nachbargebiete.

Montag, den 2. Juni.

Zuzug ist fernzuhalten von Mauern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Hamburg, Kiel, Neumünster und Dömitz, von Mauern nach Neustadt i. S., Preetz, Burg a. F., Malchin, Köbel, Malchow, von Steinsehern, Rammern, Steinmehnen und Granitschleifern nach Kiel, Schneidern nach Flensburg.

Die öffentliche Parteiverammlung, welche am letzten Sonnabend im „Vereinshaus“ abgehalten wurde, hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Die vom Vertrauensmann, Genossen Pape, verlesene Abrechnung ergab einen Ueberchuß von 2518.03 Mark. Antragsgemäß wurden hiervon 500 Mark für die Parteikasse in Berlin bewilligt. Sodann hielt Genosse Schwarz einen etwa einstündigen Vortrag, in welchem er die gegenwärtige politische Situation und speziell die Branntwein- und Zuckersteuernobelle einer Erörterung unterzog. Am Schlusse seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen besprach Redner die kommenden Reichstagswahlen und forderte die Versammelten auf, schon jetzt in die Agitation einzutreten und für die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel Sorge zu tragen. Nach längerer Debatte wurde sodann die Ausgabe von periodischen Sammelheften beschlossen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Zur Lohnbewegung der Barbier wird uns von ausländischer Seite mitgetheilt, daß Herr Wieninda seinem jetzigen Gehälten den tarifmäßigen Lohn von 8 Mark bezahlt.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besucher belief sich im Monat Mai auf 483 (522) Personen (die eingekammerten Zahlen sind die Ziffern des vorvergangenen Monats.) Unter den Besuchern waren organisiert 290 (313) Personen. Unter den verbleibenden 193 Unorganisierten befinden sich 28 Angehörige von Organisierten und ein Theil Nichtorganisationsfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 389 (420) männlich, 94 (102) weiblich. Den Hauptgruppen nach geschieden, vertheilen sich die Besucher wie folgt: gelernte Arbeiter 176 (199), Arbeiter ohne Beruf 165 (183), Ehefrauen 61 (74), Wittwen 17 (8), Diensthoten 12 (13), sonst. Gewerbetreibende 35 (34), Invaliden 17 (—). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 412 (445) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 23 (23), Oldenburg 31 (36), Mecklenburg 7 (7), Preußen 8 (8) und sonstwo 2 (3) Personen. Die Auskünfte vertheilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenkassenversicherung) 97 (92), Arbeits- und Dienstvertrag 89 (80), Bürgerliches Recht 191 (204), Strafrecht 20 (44), Arbeiterbewegung 4 (4), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 59 (83), Gewerbesachen 7 (15), Verschiedenes 15 (—). Von den Auskünften machten 95 (118) die Anfertigung von 122 (155) Schriftsätzen erforderlich. Insgesamt wurden deren 139 (163) angefertigt. Davon gingen durch Vermittelung des Sekretariats als Postsendungen aus 55 (47). Eingingen 58 (61) Postsendungen. Der 2. Mai zeigte mit 38 (35) die höchste, der 28. Mai mit 3 (6) die niedrigste Besucherzahl.

Zur Beachtung für Maurer. Seitens des Vorsitzenden des schwedischen Maurer-Verbandes in Malmö, Mik Persson, wird folgender Ausruf an die Maurer erlassen: „Da es vorgekommen ist, daß deutsche Maurer nach Schweden gekommen sind, um Streikbrecher zu spielen, erlaube ich mir, etwas Aufklärung über die dortigen Verhältnisse zu geben. In Klagshamn bei Malmö wurden Anfangs Dezember v. Jz. die Kalksteinarbeiter ausgesperrt und ihnen von den dänischen Geschäftsführern C. V. Müller und Julius Gad das Vereinerungsrecht verweigert. Kurz darauf erklärten sich die Maurer und Eisenarbeiter, die eine Zementfabrik aufzuführen sollten, mit den ausgesperrten solidarisch und stellten ebenfalls die Arbeit ein. Nachdem die Unternehmer vergebens Maurer in Schweden und Dänemark gesucht hatten, wandten sie sich nach Deutschland, und es gelang ihnen, unter lügenhaften Angaben und falschen Vorstellungen sieben Maurer in Hamburg zu bekommen. Sechs von den Sieben kehrten sogleich wieder zurück, ohne gearbeitet zu haben, aber der Siebente ist noch dort als Streikbrecher. Sein Name ist Benjamin Nybka. Jetzt suchen die Herren Müller und Gad wieder Maurer in Deutschland, und sie haben sogar einen Agenten nach Hamburg gesandt.“

Ein junger Mann kam hier am 26. Mai an, fuhr aber gleich wieder zurück. Er sagte, daß noch 18 Mann angeworben wären, die über Kopenhagen kommen sollten. Alle Maurer werden deshalb dringend gebeten, sich vor dem Streikbrecher-Agenten in Acht zu nehmen und nicht nach Klagshamn, überhaupt nicht nach Schweden zu reisen, denn hier sind noch mehrere und größere Konfikte. In Malmö besteht z. B. ein Maurer- und Bauarbeiterstreik schon seit dem 16. April. Die Maurer verlangen Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 45 Dore. Betheilt sind 300 Maurer. Alle Bauarbeiten ruhen. Um einen Druck auf die Malmöer Maurer auszuüben, hat dann der Baumeisterverein Südschwedens eine allgemeine Aussperrung beschlossen, die am 20. Mai in Kraft getreten ist und mehrere Städte mit zusammen etwa 500 Maurern umfaßt. Der Kampf ist zwar schwer, aber wir werden ihn gewinnen, sollte er noch so lange dauern. Der Muth fehlt uns nicht. Noch einmal: Keine Maurer nach Schweden!

Zu dem Bericht der Bauarbeiter-Schutzkommission wird uns von Herrn Küchenmeister mitgetheilt, daß auf seinem Neubau Arminstraße 39 a und b entgegen der Angabe der Kommission thätlich in allen Anforderungen der Hygiene entsprechender Abort vorhanden ist.

Aufgehobene Straßensperre. Die Sperrung des Glasbüttenweges und eines Theiles der Paulstraße ist aufgehoben worden.

Im Tiboli begann Sonntag Abend das plattdeutsche Reuter- und Ballet-Ensemble unter Leitung des großherzoglichen Hofchauspieler's Georg Seherlich aus Oldenburg i. G. und des Regisseurs Carl Stahlberg ein auf drei Abende berechnetes Gastspiel. Infolge des außerordentlich schönen Wetters, das Tausende von Lübeckern nach Israelsdorf, Schwartau oder Travemünde gelockt hatte, war die erste Vorstellung leider nur mäßig besucht, obwohl die Darbietungen, besonders das Ballet, eine weit stärkere Antheilnahme gerechtfertigt hätten. Hoffentlich hat sich das Theater heute und Dienstag Abend, wo sich das Ensemble bereits wieder verabschiedet, eines besseren Besuches zu erfreuen, so daß die Veranstalter des Ganzen einigermaßen auf ihre Rechnung kommen.

Strafkammer II. Wegen Brandstiftung hatte sich Sonnabend das jugendliche Dienstmädchen P. zu verantworten. Dieselbe diente in dem Hause Königstraße 127; hier hat sie am Abend des 1. April beim Anstecken einer Lampe in dem Schlafzimmer ihrer Dienstherrschaft ein Streichholz achlos bei Seite geworfen. Nach kurzer Zeit standen mehrere Möbel in Brand. Den Hausbewohnern gelang es jedoch nach kurzer Zeit, das Feuer zu ersticken; außer den Möbeln soll auch eine Lampe etwas Feuer-schaden erlitten haben. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 25 Mk.; der Gericht erkannte aber auf Freisprechung, da nicht festgestellt werden konnte, daß auch Theile des Hauses gebrannt haben.

pb. Ermittelt wurde der Dieb, der im vorigen Monat in der Schwönekeuerstraße und in der Königstraße die Ladenkästen ihres Inhaltes beraubte, in der Person eines noch nicht vierzehnjährigen, bereits vorbestraften Schulknaben.

pb. Festgenommen wurden am gestrigen Tage zwei Personen wegen Trunkenheit.

Schwartau. Feuer. In der Nacht zum Sonntag brannte das in der Lübeckerstraße befindliche, erst vor einigen Jahren erbaute Haus von Westpahl bis auf die Grundmauern nieder. Die Bewohner konnten kaum das nackte Leben retten. Die Entstehungursache des Feuers ist unbekannt.

Kensfeld. Ein schweres Unglück ereignete sich hier am Sonntag Morgen. Die Frau Johnson füllte ihren brennenden Petroleumofen mit Petroleum nach. Hierbei explodirte der Behälter, die Kleider der Frau gingen Feuer und Letztere erlitt schwere, lebensgefährliche Verletzungen. — Der Stellvertreter. Der Bäckermeister Dietrich war wegen Körperverletzung in eine Freiheitsstrafe genommen worden. Da er jedoch keine Last verurtheilt, während der schönen Sommermonate zu „brummen“, suchte und fand er einen Stellvertreter in der Person eines Handwerksburschen. Als die Aufforderung zum Straftritt kam, schickte unser Bäckermeister seinen Stellvertreter nach Catin, damit dieser dort für ihn die Freiheitsstrafe absitzen solle. Doch das Verhängniß nahte in Gestalt des früher in Kensfeld stationirten Gendarmen C., der D. zur Genüge kennt und nunmehr erklärte, daß der zum Straftritt sich Meldende niemals der Bäckermeister Dietrich sei. Die Folge war, daß der Stellvertreter für eigene Rechnung in Haft genommen wurde und auf D. bigittirt wird. Letzterer soll aber schon Lunte gerochen und den Staub Kensfelds von seinen Pantoffeln geschüttelt haben.

Catin. Arbeiterisiko. Am Sonnabend gerieth die in der Lüttenfabrik von Friederichsen beschäftigte Arbeiterin Martha Blumenhagen mit der Hand in die Maschine und zog sich eine starke Quetschung sämmtlicher Finger zu. Die Verletzte wurde dem Lüttenhospital zugeführt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Vor ca. acht Tagen wurde der Schneidermeister Winterfeld in Schwerin wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit verhaftet. W. soll sich gewaltthätig gegen ein noch nicht 16 Jahre altes Mädchen, welches geschäftlich bei ihm zu thun hatte, vergangen haben. W. ist Ehrenmitglied vom christlichen Männer-Verein. — Vom Blitz erschlagen wurde im Jesendorfer Forst bei Neufloster der Arbeiter Schünemann. — Der Hofbesitzer Christensen in Hoozbj (Nordschleswig), der zugleich Kirchenältester ist, war vor einiger Zeit aus der Wählerliste gestrichen, weil er als Optant erklärt wurde. Jetzt hat die Regierung Christensen wieder als preussischen Unterthanen erklärt und die Aufnahme in die Wählerliste verfügt. — Ein schweres fünfstündiges Gewitter suchte in der Nacht zum Sonnabend den Kreis Habersleben heim. In verschiedenen Ortschaften brannten Scheunen und Häuser nieder. Ein Landmann trug bei den Vörschwerjungen schwere Brandwunden davon. Auf der Kleinschnitzrede Boyens-Habersleben wurde eine Anzahl Telegraphenstangen zerstört. Eingestürzt wurden die Wohn- und Wirtschaftsgelände des Hofbesizers Kruse in Nehring, Kirchspiel Hemmingstedt, und Meiers Häckelfabrik in Meldorf. — Ein schrecklicher Mordmord wurde Sonnabend Nachmittags in Altona verübt.

Eine in der Hafenstraße wohnende Frau wurde in ihrer Wohnung mit einem Beil erschlagen todt aufgefunden. Der Thäter, ein Seemann, welcher früher bei der ermordeten Frau logirte, ist der Polizei bekannt, und dürfte von ihr bald verhaftet werden. Gestohlen wurden ein Gelbbetrag von hundert Mark, einen Schmuck und eine Uhr. Der Tenorist Wirrenkoben in Hamburg wurde von der Anklage der Beleidigung freigesprochen. Wirrenkoben sollte angeblich einem Hamburger Blatte Mittheilung von der Vererbung eines Referendars durch einen Arzt gemacht haben. — Zwei auf der Wollkammerei in Wilhelmshurg beschäftigte polnische Arbeiter verübten auf ihrer Rückkehr von einer Kneipe vor dem Hause des Aufsehers ruhestörende Lärm. Als dieser sich das verbat, stachen sie ihn nieder. Der Aufseher war sofort eine Leiche. — Die bekannte Elbschmuggel-Angelegenheit beschäftigte die Lübecker Strafkammer. Wegen Hehlerei von Schiffsgütern wurden verurtheilt der Hofbesitzer Meyer in Westphalen zu 3 Jahren Zuchthaus, der Bäcker Meyer in Gartow zu zwei Jahren Zuchthaus und den Fährmann Flüge in Gorkleben zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus. Die Angelegenheit ist damit wahrscheinlich noch nicht abgeschlossen.

Hamburg. Unternehmer-Schlaueit. Der Direktor der Hamburger Straßenbahngesellschaft Kohl hatte einem im Jahre 1895 von der Straßenbahn überfahrenen Jungen, dem das rechte Bein amputirt werden mußte, versprochen, die Gesellschaft würde angemessen für ihn sorgen. Dabei beruhigte sich die Eltern. Als 1898 der Vater des Knaben starb, gab die Gesellschaft eine Unterstützung von 50 Mk. und erklärte dem Vormund auf dessen Bitte, die in Zukunft zu leistende Unterstützung zu formuliren; sie würden keinen Pfennig mehr geben. Als nun ein Prozeß gegen die noble Gesellschaft angestrengt wurde, machte der Direktor den Einwand der Verjährung geltend. Durch die lebenswürdigsten Botschaften freiwilligster Unterstützung und Sorge für den Knaben hatte man wenigstens objektiv den Vater des Knaben veranlaßt, nicht den Rechtsweg zu beschreiten. Und als dann glücklich die gefährliche Verjährungsfrist abgelaufen war, da stellt man die Unterstützung ein und erhebt die Einrede der Verjährung! Die in größter Armut lebende Mutter und ihr zum Krüppel gemachter Sohn wurden daraufhin abgewiesen. — Ein interessanter Prozeß hat dieser Tage das hiesige Landgericht beschäftigt. In dem Ernst-Drucker-Theater hier selbst wird seit einiger Zeit ein Sensationsstück „Die Zauberin vom Kuhberg“ gespielt. Dadurch fühlte sich eine am Kuhberg wohnende Frau Gabel getroffen, die sich mit Wahrfagen befaßt, und gegen welche zur Zeit ein Verfahren wegen Betrugs schwebt. Sie beantragte den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, durch welche dem Theaterdirektor Drucker untersagt wurde, dieses Stück noch länger auf dem Spielplan zu lassen. Das Gericht erkennt an, daß sich das Stück auf das Treiben der

Antragstellerin bezieht. Eine Verhöhnung und Ironisirung enthalte selbst dann eine Beleidigung, wenn der Antragstellerin die ihr vorgeworfenen Betrügereien zur Last fielen. Trotzdem lehnte das Gericht den Erlaß der einstweiligen Verfügung wegen Fehlens der prozessualen Voraussetzung ab. Denn es sei nicht einzusehen, daß durch eine Fortsetzung der Ausführungen der Antragstellerin ein wesentlicher Nachtheil verursacht werde.

Freiburg a. G. Ein Schlauberger. Mit dieser Ueberschrift bringt die „Stad. Ztg.“ folgende amüsante Erzählung: Neulich kam ein Landmann aus Freiburg nach Stade, um Einkäufe zu besorgen. U. A. kaufte er sich auch einen Limburger Käse und versteckte denselben bei der Heimfahrt mit der Bahn unter der Bank. Aber der Geruch war ihm zu stark — auf einer Station stieg er in ein Abtheil nebenan, ließ seinen Käse aber an seinem Platze. Das verlassene Abtheil wurde von anderen Reisenden besetzt, die bald den Gestank verspürten, schimpften, das Fenster öffneten, ohne das Unheil zu ändern. In Freiburg kam aber unser Bäuerlein, holte seinen Käse heraus und auf die Frage: „Stinkt das Ding so?“ sagte er in aller Gemüthsruhe: „Dat heff id of markt, und darüm bün id nebenan itiegen.“

Beste Nachrichten.

Grünberg (Schlesien). Eine große Feuerbrunst zerstörte in der Nacht zum Sonnabend fünf Wohnhäuser.

Pleßchen. Beim Brand einer Scheune in Lursko verbrannten auch zwei Kinder, während ein drittes lebensgefährliche Brandwunden erlitt.

Berlin. Liebesdrama. In der Wohnung ihres Geliebten, eines Referendars, verübte die 25jährige Verkäuferin M. Selbstmord. Als Freitag Abend der Referendar, welcher sein Verhältniß mit dem Mädchen lösen wollte, dieses aus seinem Zimmer verwies, schloß sie sich mit dem Ausruf: „Ueber meine Leiche sollst Du an dieser Stelle hinwegschreiten“ vermittelst eines mitgebrachten Revolvers eine Kugel in den Mund und blieb sofort todt. — **Mord und Selbstmord.** Die in der Choriner Straße wohnende Frau des Tapezierers Hubert erdrosselte Freitag ihren 6 1/2-jährigen Sohn und gab sich dann selbst den Tod. Die Frau fürchtete zu erblinden, auch war ihr Mann arbeitslos. — Der früherer Pfarrer Dittelhoff aus Trebbin, der bisher wegen der von ihm im großen Umfange begangenen Betrügereien und Unterschlagungen im Untersuchungsgefängniß internirt war, mußte freitags, da er an Blinddarmentzündung erkrankt ist, der Gefangenenstation der Charite zugeführt werden. Er soll auch auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Manche Leute haben doch Glück! Ihre geistige Unzurechnungsfähigkeit wird immer erst dann entlarvt, wenn sie durch dieselbe vor dem Zuchthaus bewahrt werden können.

Wären seine umfangreichen Unterschlagungen nicht ans Tageslicht gekommen, so hätte der angeblich geisteskranke Pfarrer sicherlich bis an sein Lebensende seelsorgerisch gewirkt.

Leipzig. Gegen eine Kaution von 5000 Mark wurde Sonnabend der Redakteur des „Gen.-Anz.“, Arthur Fleißner, aus der Untersuchungsanstalt entlassen, in die er wegen Majeestätsbeleidigung, begangen durch Veröffentlichung eines Artikels „Der jüngste Rittmeister“, Anfang voriger Woche genommen worden war.

Suhl. Mord und Selbstmord. Der hiesige Fabrikant Bichard erschloß seine Schwiegertochter und darauf sich selbst; anscheinend handelt es sich um ein graufiges Ende eines Liebesromans.

Bochum. Ein überaus trauriges Sittenbild enthielt eine Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer. Zwei schulpflichtige Knaben hatten, nachdem sie vom Lehrer Strafe erhalten, um an letzteren Rache zu nehmen, das Grab der verstorbenen Frau des Lehrers geschändet. Das Gericht bestrafte einen Burschen mit einem Jahr, den anderen mit einem Monat Gefängniß.

Lemberg. Studentenstreik. Die Studenten der technischen Hochschule beschlossen, die Vorlesungen so lange zu meiden, bis das neuerliche Verbot, im Hofe des Polytechnikums Versammlungen abzuhalten, zurückgezogen wird. Gleichzeitig wurde beschlossen, an den Unterrichtsminister das Ersuchen zu richten, er möge einen Regierungskommissar zur Abstellung der Uebelstände an der Hochschule nach Lemberg entsenden.

Brüssel. Eine Bluthochzeit. In Soperinghe (Belgien) kam es bei einer Hochzeitsfeier zwischen den Neuemvählten und den Gästen zu einer blutigen Schlägerei, wobei der junge Ehemann erstochen und mehrere Gäste schwer verletzt wurden. Die ganze Hochzeitsgesellschaft wurde verhaftet.

Lübecker Marktpreise vom 31. Mai.

Banern-Butter 1,00 Mk., Meierei-Butter 1,10 Mk., Hosen Eid. — Mk., Euten Eid. 2,50 Mk., Hühner Eid. 1,90 Mk., Küken Eid. — Mk., Tauben Eid. 0,55 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Fildgans — Mk., Schweinekopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 95 Pfg., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 11 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karphen Pfd. 1. — Mk., Karaschen Pfd. 80 Pfg., Hecht Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Sterschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 31. Mai.
Der Schweinehandel verlief nur langsam.
Angekauft wurden 680 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk., Verjährtweine schwer 57—58 Mk., leichte 57—58 Mk., Sauen 48—53 Mk. und Ferkel 56—58 Mk. pr. 100 Pfd.

Schnell und reell. Fünthausen 23. Herrensohlen mit Fleck 1.90 Mk., Damensohlen mit Fleck 1.40 Mk. Bei 25 Mk. in Bond ein Paar Sohlen mit Flecken gratis.

Allen, die unserer lieben süßen Tochter Elly die letzte Ehre erweisen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmücken, sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Theodor Frank und Frau, geb. Rehle

Sagen allen Fremden und Bekannten für die vielen Geschenke und Gratulationen anlässlich unserer Hochzeit besten Dank.

H. Wiberg u. Frau, geb. Dahl.

Fremdl. Wohn- nebst Schlafzimmern an 1 oder 2 junge Leute zu verm. **Waldenburger 80.**

Suchen Krämerei od. Wirthschaft in Pacht!
A. Hanschild & Co., Befersgrube 70.

Gej. tüchtige Silempner
Laakmann, Lindenstraße.

Erftnähschneid. Ich nen. Ernst Singer, wenig gekannt, Arbeit sehr billig **Marlesgrube 46, II.**

Ein großer starker Kinderwagen zu verkaufen **Heinrichstraße 22.**

Fahrend billig zu verkaufen. **Höhens Gr. Gröpelgrube 43.**

Verloren von der Bräuberstr. bis Lohsen-Allee ein Saad Schweißel (1 gr. 2 H.) **Abzug 9 Belohn. Lohsenweh-Allee 17a.**

Guter kräftig. Mittagstisch u. Abendessen 30 und 40 Pfg. **Frau Bieck, Bergstraße 42.**

Restauration zum weißen Hirsch, Strepelsdorf.

Neu renovirt! **Bier- u. Kaffeegarten. Kegelbahn.** Neu eröffnet!
Angenehmer Familienaufenthalt.
Ausschank von H. Hansa-Bier.
Um gültigen Anspruch bittend, zeichnet **Hochachtungsvoll Herm. Hentschel.**

Liebknecht's Fremdwörterbuch
in 13 Lieferungen à 20 Pfg. Gebd. 3,20 Mk.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Maurerarbeiten
werden gut und billig angefertigt bei **Wittwer, An der Mauer 82.**

Magnum bonum-Kartoffeln hat abgegeben à Tonne 4,50 Mk.
Joh. Timm, Schwarz. Allee 131a.

Zum Ringreiten
am 8. Juni
ladet freundlich ein **Hori. F. Buck.**

Täglich frische hiesige
Spargel

Suppen-Spargel Pfd.	15
unter mittel	25
dickerer	40
allerbester	60

Karl Voss **Holstenstrasse 27.**

Uhren reinigen . 1,50
Jedern einsehen . 1,50
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Sägstraße 32.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülsenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)

Der Sammlung
am Dienstag den 3. Juni
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52**
Tages-Ordnung:
Aufnahme neuer Mitglieder.
Statutenbericht.
Bericht von der Konferenz.
Fragekasten.
Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Flußschiffer!
Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch den 4. Juni
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.**
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Lübeck—Tivoli.
Unwiderruflich letztes Gastspiel
des
Reuter- und Elite-Ballet-Ensembles.
Billets im Vorverkauf: Fremdenloge 1,50 Mk., Logen und Sperrhölz 1 Mk., Balkon und 1. Platz 0,60 Mk., Gallerie 0,40 Mk. bei **J. H. Lenschau,** Große Burgstraße 7 und bei **F. W. Kaibel,** Musikalienhandlung, Breitestr. 35.
Billets an der Abendkasse: Fremdenloge 1,75 Mk., Logen und Sperrhölz 1,25 Mk., Balkon und 1. Platz 0,80 Mk., Gallerie 0,50 Mk.
Don 9 Uhr ab: **Schnittbillets.**
Kassenschlußung 6 1/2 Uhr. **Anfang 7 1/2 Uhr.**
Don 7 1/2 Uhr an: **Garten-Konzert.**

Öffentliche
Frauen- und Männer-
Versammlung
am **Freitag den 6. Juni d. J.**
Abends 8 1/2 Uhr
im **„Vereinshaus“, Johannisstraße 50/52.**
Tages-Ordnung:
1. Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaftsordnung.
Referentin: **Frau Louise Zietz-Hamburg.**
2. Diskussion.
Die Vertrauenspersonen.

Bezugsstellen für den genannten Jahrgang der Zeitung mit Anzeigen der Anzeigen, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich, Schriftführer der Redaktion für die Redaktion „Lübeck und Umgebung“, sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz, Druck von Friedr. Meyer & Co. — Druckort: Lübeck.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Am 3. Juni in Braunschweig sind 245 Zimmerer beteiligt, darunter 68 Ledige, von denen 30 bereits abgereist sind. Dem Maurerstreik in Sena haben sich 283 Maurer angeschlossen. Von diesen sind bereits 52 abgereist, während eine gleich große Anzahl im Interesse der Bewegung von der Arbeitsstätte ferngeblieben ist, ohne Streikarten gelöst zu haben und Anspruch auf Unterstützung zu machen. Im Streik befinden sich außerdem noch 175 Maurer. — Die Arbeitgeber im Breslauer Baugewerbe haben die Arbeitsordnung für Maurer und Zimmerer durch erhebliche Verschlechterungen unannehmbar gemacht. Der Versuch, die schlimmsten Paragraphen in gemeinsamer mündlicher Verhandlung abzumildern, wurde von den Arbeitgebern zurückgewiesen und den drei Vertretern der Arbeiterschaft (zwei Maurer, ein Zimmerer) erklärt, daß an dem diesjährigen Arbeitsvertrag nichts mehr geändert werden könne. Man hat also das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft, dieses Grundprinzip des korporativen Arbeitsvertrages, illusorisch gemacht. Die Zimmerer haben bereits beschlossen, der verschlechterten Arbeitsordnung nicht zuzustimmen.

Der Verband deutscher Köche hat auf seinem Verbandstag 1902 folgende Resolution angenommen: Der zur Zeit in Leipzig beratende achte Delegiertentag des Verbandes deutscher Köche nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der Verordnung des Bundesrats, betreffend die Beschäftigung von Gehilfen in Gast- und Schankwirtschaften. Zwar verheißt der Verband deutscher Köche sich nicht, daß die Verordnung besonders in den Kur- und Badeorten und speziell in Bezug auf die Küchenarbeit verschiedene Schwierigkeiten bilden wird, deren hauptsächlichste zur Zeit in der Beschaffung des nötigen Vertretungspersonals liegt. Aber andererseits muß der Verband deutscher Köche daran festhalten, daß die Bundesratsverordnung nur das Mindestmaß dessen enthält, was im Interesse eines körperlich und geistig gesunden Arbeiters und Familienvaters, sowie ganz besonders im Interesse des Nachwuchses gefordert werden muß. Der Verband deutscher Köche hofft, daß der hohe Bundesrat den bereits in Szene geleiteten, mindestens überfüllten lauten Reklamationen einzelner Unternehmerverbände nicht Rechnung tragen wird, und bittet, falls der hohe Bundesrat später in eine Revision der Verordnung eintreten sollte, hierzu in ausgiebiger Weise die Unterstützung der bestehenden gewerblichen Gehilfen-Fachverbände in Anspruch zu nehmen.

Streiks in Schweden. Wie aus Malmö geschrieben wird, ist in der Wollweberei und Spinnerei Akt.-Ges. in Malmö ein Streik ausgebrochen. Man hatte mehrere Mitglieder wegen Verbandszugehörigkeit gemahnt, da haben am 28. Mai 400 Arbeiter die Arbeit eingestellt und weitere werden noch folgen. Die Direktion hofft auf Ersatz aus Deutschland, den die schwedischen Kollegen dringend zu vermeiden bitten. — Die Aussperrung bei der Maschinenfabrik „Separator“ in Stockholm dauert noch unverändert fort. Ein Teil der rund 1000 Arbeiter hat sich bereits andere Beschäftigung gesucht, die meisten sind jedoch noch arbeitslos. — Der Konflikt bei der Zuckerraffinerie Aktiengesellschaft in Landskrona ist beendet. Die Arbeiter haben die Zusage erhalten, daß keine Repressalien wegen der Teilnahme am Generalstreik mehr stattfinden sollen. Von der Zuckerraffinerie in Helsingborg liegt noch keine derartige Nachricht vor.

Reichstagskandidatur. Eine Kasseler Parteiverammlung hat Genossen Karl Thiel-Kassel wieder als Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Kassel-Messungen aufgestellt.

Lohnklage gegen ein Syndikat. Ein Mechaniker in Köln arbeitete für ein Syndikat Patente aus und klagte gegen den Generalvertreter auf 60 Mk. Lohn. Der General-

vertreter führte aus, er sei nicht Arbeitgeber, sondern das Syndikat. Das Gewerbegericht entschied aber: das Syndikat sei keine greifbare Vertragsgegnerin, weshalb der Generalvertreter für den Lohn aufzukommen habe.

Bei der Stichwahl zur Gemeindevertretung in Neuenhof bei Berlin blieb der sozialdemokratische Kandidat Dummeritz mit 140 Stimmen, gegenüber 206 bürgerlichen Stimmen, leider in der Minderheit.

Die Arbeitslosen-Demonstration in Frankfurt a. M. vor Gericht. Mit ihren Anklagen wegen der Arbeitslosen-Demonstrationen im Januar d. Js. hat die Polizei wenig Glück. Die Gerichte fassen die Sache wesentlich milder auf als die liebe Polizei, und bestätigen damit nachträglich, daß die vorgekommenen Krawalle wesentlich auf den Ueberreifer der Polizeibeamten zurückzuführen sind. Nachdem schon vor einiger Zeit die „Haupttrabelführer“ abgeurteilt worden sind — die meisten sind mit geringen Gefängnis- und Haftstrafen davon gekommen — kamen dieser Tage noch ein paar Nachzügler an die Reihe. In dem einen Falle richtete sich die Anklage gegen den Tischler Genossen Jordan, dem bei den Krawallen von der Polizei übel mitgespielt worden ist. „Ich ging“, so erzählte er vor Gericht, „am 13. Januar mit zwei Kollegen gegen 4 Uhr vom Gewerkschaftshaus nach der Frierischen Gasse, um bei Siegle, wo sich der Arbeitsnachweis der Parteilobener befindet, nach Arbeit zu fragen. Da kamen in der Richtung Jagengasse-Frierische Gasse zwei Schutzleute mit einem gefesselten Arrestanten daher. Wir blieben eine bis zwei Minuten stehen, und da mir das Verhalten der Schutzleute etwas zu energisch vorkam, sagte ich zu den Umstehenden: „Bravo, die Polizei!“ Sogleich kamen zwei Schutzleute, rissen mir den Kragen vom Halse und verhafteten mich. Auf dem Polizeirevier wurde ich Stromer, Lump u. tituliert, und als ich mir das verbat, erhielt ich verschiedene Schläge ins Gesicht. Eine Beschwerde wegen dieser Behandlung wurde vom Polizeipräsidenten als unbegründet zurückgewiesen.“ Durch sein Verhalten sollte Genosse Jordan die Polizei beleidigt und Widerstand gegen die Staatsgewalt verübt haben! Der als Zeuge auftretende Schutzmann beschwor, Jordan habe die Polizei als Lumpen bezeichnet, obwohl mehrere Zeugen unter Eid erklärten, davon nichts gehört zu haben. Der Staatsanwalt ließ selbst die Anklage wegen Beleidigung fallen; dagegen erachtete er den Widerstand gegen die Staatsgewalt für erwiesen und beantragte dafür 20 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da auch von Widerstand in diesem Falle keine Rede sein könne. Der Schutzmann habe sich nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden. Die zweite Anklage richtete sich gegen einen Arbeiter Gottlieb Klause, der am 19. Januar nachmittags am Römerberg zufällig (!) in den Tumult hineingeraten war, als die polizeilichen Operationen gegen die dort versammelten 600 Arbeitslosen begannen. K. gehörte gar nicht zu den Arbeitslosen, wollte, wie er versichert, weder demonstrieren noch mitmarschieren, hatte möglicher Weise auch die Aufforderung zum Auseinandergehen der Menge gar nicht gehört. Er konnte aber nicht weitergehen, da er in dem Augenblick, wo er es versuchte, von den Polizisten gepackt und in derselben lebenswürdigen Weise wie Jordan nach dem Polizeirevier geschleppt wurde. Auch in diesem Falle ging es nicht ohne Klappenstöße ab. Das Gericht erkannte auch gegen K. auf Freisprechung, und zwar aus denselben Gründen, wie bei Jordan. So schrumpft nachträglich die große polizeiliche Staatsaktion in ein Nichts zusammen.

Eine genossenschaftliche Kohlengrube im Bezirk Autun (Frankreich) steht im Betrieb seit Juli v. Js. Es ist eine seit 1860 vom Eigentümer als unrentabel verlassene Grube. Die Regierung hat sie an eine Genossenschaft vergeben, die aus 25 gemahnter Kohlengräbern von Montceau und Perreux zusammengestellt ist. Für den Ankauf der nötigen Werkzeuge und die ersten Betriebskosten wurde der

Genossenschaft eine staatliche Subvention von 15 000 Franken bewilligt. Jetzt steht die Genossenschaft bereits auf eigenen Füßen. Die Arbeiter bekommen einen Tagelohn von fünf Franken. Sie leben auch genossenschaftlich in einem „Balanstère“ bei einer täglichen Ausgabe von 1 Franken 10 Cents pro Mitglied. Zwei Fünftel des Lohnes werden in der Genossenschaftskasse zurückgehalten, der Rest des Lohnes wird an die Familien der Arbeiter geschickt, die noch in Montceau und Perreux leben. Dieser Tage wurde die Genossenschaft offiziell eingeweiht. An der Festlichkeit beteiligten sich unter Anderen der sozialistische Abgeordnete von Montceau, Kohlengräber Duberi, und ein Ministerialbeamter Creteux, der den Handelsminister Millerand vertrat. Der Beamte sagte in seiner Festrede, das vollbrachte Werk beweise, daß „die Gesellschaft, von der wir träumen, keine täuschende Utopie“ wäre, und übermittelte die Glückwünsche desjenigen, der ein „sozialistischer Minister“ gewesen und jetzt die Regierung freiwillig verläßt“.

Das wohlthätige Unternehmen. Die Zeitschrift „Der Arbeitsfreund“ hat die Aufgabe, eine „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ herbeizuführen und genügt dieser Aufgabe dadurch, daß er die Verdienste rühmt, die sich die Unternehmer um ihre Arbeiter erworben. Das Blatt schreibt:

Die freiwilligen Spenden deutscher Arbeitgeber für ihre Angestellten und Arbeiter haben im letzten Jahre trotz des wirtschaftlichen Drucks und der geschäftlichen Stagnation in Deutschland eine Höhe erreicht wie nie zuvor. Obgleich die Ermittlungen nicht vollständig sind, weil viele Arbeitgeber, insbesondere Aktiengesellschaften, die Spenden für ihre Arbeiter nicht getrennt von anderen Wohlthätigkeitsausgaben buchen, hat doch im vergangenen Jahre die Feststellung der Spenden der Arbeitgeber für die Angestellten und Arbeiter oder für die unteren Volksklassen eine Höhe von insgesamt 80 3/4 Millionen Mark ergeben, während im Jahre 1900 nur 60 1/2, im Jahre 1899 39 und im Jahre 1898 27 Millionen Mark ermittelt worden sind. In den letzten Jahren sind also außer den regelmäßigen Opfern von jährlich 180 Millionen Mark, die die staatliche Arbeiterversicherung den Arbeitgebern seit 1884 anferlegt hat, noch mehr als 200 Millionen Mark an außerordentlichen freiwilligen Spenden für die Wohlfahrt von Angestellten, Arbeitern und den unteren Volksklassen aufgebracht worden. Von den 80,74 Millionen des letzten Jahres entfallen 38,32 Millionen auf die gemeinnützige Fürsorge für weitere Kreise und 42,42 Millionen Mark auf die direkte freiwillige Fürsorge für die Angestellten, Arbeiter und deren Angehörige. Den Pensions- und Unterstützungsfonds, sowie Stiftungen für Angestellte und Arbeiter sind allein 15,58 Millionen Mark zugeflossen, der Krankenfürsorge sind gewidmet 4,50, der Wohnungsfürsorge 5,72, Bildungs- und Vereinszwecken 4,28 und Erziehungs- und Unterrichtszwecken 3,27 Millionen Mark. Auf Preußen allein entfallen über 51 Millionen Mark, also 1/3 des Gesamtbeitrages, davon allein über 18 Millionen Mark, d. i. 1/3 des Gesamtbeitrages, auf Berlin, was sich allerdings zum Teil daraus erklärt, daß viele Reichs- und Landesvereine ihren Sitz in Berlin haben. Sachsen ist mit 11 Millionen Mark, Bayern mit 8 Millionen Mark beteiligt.

Die Arbeiter haben ein viel größeres Interesse daran, guten, auskömmlichen Lohn zu erhalten und überhaupt menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu genießen, als auf die „Wohlthätigkeit“ der Arbeitsherrn angewiesen zu sein. Schließlich ist es doch der Arbeiter selbst, der die Kosten dieses Wohlthuns bezahlt, denn die in Rede stehenden Millionen werden doch vom Ertrag des Schaffens der Arbeiter genommen. Dieser Ertrag, von welchem das Kapital den Löwenanteil nimmt, geht in die Milliarden. Was wollen dagegen die binnen vier Jahren von Unternehmern freiwillig „geopfert“ 200 Millionen bedeuten?! Und was bedeuten sie gegenüber den ungeheuren Opfern an Gesundheit und Leben, die das Proletariat fortgesetzt den Unternehmern zu bringen hat?!

Eine sozialistische Kommune. Reggio Emilia, die Hauptstadt der italienischen Provinz Reggio nell' Emilia (Sprach rebbho) hat rund 60 000 Einwohner. Die Verwaltung der Stadt befindet sich jetzt ausschließlich in den

Sonderbare Schwärmer.

Roman von Max Preker.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

War man zuerst nahe daran, dem jungen Krösus eine Art parvenümäßigen Hochstaplerthums aufzubürden, so stellte man jetzt sofort andere Kombinationen auf. Außereheliches Kind — Vater unbekannt — Sohn auf den Namen der Mutter getauft — Mutter als reuige Sünderin Krankenpflegerin geworden, und so weiter — man hatte sofort die ganze Lebensgeschichte Ferdinand von Kolloff über Nacht zusammengeraut bis auf sein kolossales Vermögen, von dem die Rede war, aber darüber zerbrach man sich schließlich den Kopf nicht mehr. Er kam aus Amerika, das sagte Alles; er hatte Eisenbahnen gebaut, Silberminen entdeckt, das sagte noch mehr. Er ist Alles in Allem eine geheimnißvolle, höchst interessante Persönlichkeit, er ist nun einmal da, also — lassen wir ihn gefälligst da sein, denn sein Reichthum giebt ihm die Rechte, sich durchaus gar nichts daraus zu machen, was man von ihm zu denken und über ihn zu sprechen beliebt. Und dann diese großartigen Projekte, mit denen dieser Mann um sich warf — sie drängten die Person vollständig in den Hintergrund und ließen nur die Sache nach allen Seiten beschauen. Hier sprach man von kolossalen Fabrikanlagen und Schüttelte dabei den Kopf über die Kühnheit, Millionen in ein Unternehmen stecken zu wollen, an dem die Arbeiter am Reingewinn partizipieren sollten; dort erzählte man von Volksbanken, Arbeiterhotels und Unterstützungskassen, die gegründet und gebaut werden sollten. Dazwischen ließ man über Nacht Abemien und Verbranntkassen aus der Erde wachsen, in denen Jeder Aufnahme finden sollte, der nicht die Mittel, wohl aber besondere Fähigkeiten und Talente besaß und die Bestrebung zeigte, sich weiter auszubilden. Fingelhäuser und Beschäftigungsanstalten in großem Maßstabe liefen mit unter, und zum Schluß räumte

man sich auch noch gar von einer ganzen Industriestadt zu, die gebaut werden sollte, und zu der großartige Terrains bereits in gewissen Gegenden der Provinz erworben seien. Man erinnerte sich dabei, daß diese Idee eigentlich von einem Minister stamme, und ergänzte noch das Fehlende der Kombinationen durch die Annahme, daß der bekannte Minister, welcher der Vater dieser Idee sei, die Hand dabei im Spiele habe. Man hörte die Millionen im Geiste klingen und das bekannte „Es wird Geld unter die Leute kommen“ wurde zur Parole des Tages.

Kolloff wurde zum Gözen und sein Name klang wie Märchenmuffel aus Tausend und einer Nacht. In den Salons der hohen und höchsten Gesellschaft, in den Klubs und Casinos, in der Familienstube ehrlicher Bürgerleute, in den Cafés und Bierstuben bis zum letzten Budisteller herab — überall nur ein Echo: Kolloff. Wenn der Geheimrath E. athemlos nach seiner Stammkneipe kam, dann war Tausend gegen Eins zu wetten, er wußte etwas von einem neuen Projekt. „Meine Herren, haben Sie schon gehört, noch nie dagewesen — jetzt projektirt er sogar eine Altersversicherungsanstalt für abgegangene Minister.“ Und der Ministerialrath Y unterbrach ihn sofort: „Das ist noch gar nichts, lieber E., aber selbst Suppenanstalten für Invaliden und einarmige Kelterkastenmänner posant er aus.“ „Und eine Frennanstalt für die ganze moderne Generation hat er im Kopf“, fiel irgend ein Witzling ein. „Das wird ja das reine Privatmonopol.“ „Diese Art Menschen sind die gefährlichsten.“ „Revolutionäre, die die Welt auf den Kopf stellen wollen.“ „Feuerköpfe, die so verrückt sind, zu behaupten, die unteren Klassen hätten dasselbe Recht wie die oberen.“ — Und weiß der liebe Himmel, was die Stammtische sonst noch zu hören bekamen.

Und dieser Mann, der die Idee bildete, um die sich Alles zu drehen begann, bekümmerte sich um Niemand, als um sich selbst; er besaß die beste Eigenschaft, die ein Mensch besitzen soll: die Person durch die Handlung zu verbeden. Schon

Monate lang vor seiner Ankunft hatte er sich ein prächtiges Palais in einer jener vornehmen Straßen, in der Nähe der Thierparkstraße einrichten lassen: einen imposanten, in italienischem Renaissancestil errichteten Bau, dessen gewaltige Fassade ganz zu den Auffassungen dieses seltsamen Mannes paßte. Scharen von Gassen und Müßiggängern umstanden beim Einzug Wochen lang tagtäglich das Haus, um sich die Hälse auszureden beim Anblick irgend eines Smyrnaepappichs, der für gewöhnliche Sterbliche ein Kapital repräsentirte; oder sie sperrien die Häuser weit auf, wenn von den großen Frachtwagen dugendweise Kisten abgeladen wurden, auf denen in schablonirten Lettern zu lesen war: „Vorsicht! Marmor! Werth 10 000 Mark... Werth 20 000 Mark... Werth 5 000 Mark u. s. w.“ bis nach kurzem Ueberflugh diese starken Holzentlasten allein schon einen Inhalt im Werthe einer halben Million enthalten mußten. Die Frachtwagen wollten kein Ende nehmen und hunderte von Arbeitern waren beschäftigt, den bisher öden Steinkoloff in eine Stätte der Kunst, des Luxus und der Behaglichkeit zu verwandeln. Die sonst wenig belebte Straße, die stets den Eindruck machte, als wären die Bewohner viel zu vornehm, um ihre Füße mit dem ordinären Straßenpflaster in Berührung zu bringen, bot von früh bis spät ein Bild des regsten Verkehrs. Die Gardinen an den Fenstern der gegenüberliegenden Häuser bewegten sich jetzt öfter als sonst, und man zog es vor, recht langsam zu Fuß die Straße zu passieren, als wie gewöhnlich vom Riffen des Wagens aus die Paläste vorüberfliegen zu sehen, und Alles der lieben Neugierde willen! Und dann dieses Kopfzerbrechen, wie „er“ wohl aussehen möge, denn Niemand konnte sich bis jetzt rühmen, ihm persönlich näher getreten zu sein. Das Kopfzerbrechen verursachte mit der Zeit Kopfschmerzen.

Wenn ich diesen feinsinnigen Menschen doch nur einmal sehen könnte,“ sagte irgend ein blondköpfiger Badisch mit der Schulmappe am Arm zu einem andern schwarzköpfigen beim Nachhausewege einen Augenblick vor dem Palais Posto

Händen von Sozialisten. Dieser Tage wurde der letzte Schlag gegen die Schweizerische Gasgesellschaft geführt, die bisher das Monopol der Stadtbeleuchtung hatte. Mit dem 1. Januar nächsten Jahres werden die Gas- und Elektrizitätswerke neben anderen kommunalen Anlagen die Einkünfte der Stadt vermehren. Reggio Emilia hat eine Reihe der besten, nach den Vorschriften der Hygiene erbauten Schulen, verfügt auch über eigene städtische Apotheken. Die Schaar der Zollwächter und Postkisten ist sehr eingeschränkt worden. Dabei sind, seitdem die Sozialisten im Stadthaus herrschen, bereits eine Million alter Schulden getilgt worden. Innerhalb weniger Wochen sind etwa eine Million Franken für öffentliche Arbeiten aufgewandt beziehentlich bewilligt worden, so u. A. für ein Schlachthaus 200 000 Franks, für neue Bureaus der Stadtverwaltung 40 000, für den Ankauf der Gasanstalt 180 000 Franks; im Bau begriffen ist eine landwirtschaftliche Schule. Bei alledem hat die Bilanz der Stadtkämmerei in den letzten Jahren noch immer einige tausend Aktiven ergeben. Im vorigen Jahre hatte die städtische Verwaltung der Arbeitskammer eine Unterstützung von 500 Franks bewilligt; dieser Beschluß wurde aber vom Präsesen nicht bekräftigt. Auch in diesem Jahre sind Unterstützungen in der Höhe von 1000 Franks von der höheren Verwaltung unbekräftigt geblieben. Die Sozialisten von Reggio Emilia lassen sich durch solche kleine Nadelstiche aber nicht abhalten, weiter zu arbeiten; sie haben die Absicht, nachdem sie die Stadt erobert, nunmehr auch in die Polizeiverwaltung einzudringen.

Der christliche Holzarbeiterverband hielt vom 25. bis 28. Mai in Köln seinen Verbandstag ab. Die Gründung des Verbandes erfolgte 1899 in Mainz. Ein wie geringes Bedürfnis für diese interkonfessionelle Gewerkschaft vorlag, geht daraus hervor, daß der Verband nach Jahresfrist erst 1800 Mitglieder in 32 Pöhlstellen verzeichnete. Und heute, nach dreijährigem Bestehen, kann der Vorstandsbericht in 91 Pöhlstellen nur 4022 Mitglieder aufweisen, trotz eifrigster Agitation. Man fragt sich kopfschüttelnd, weshalb wohl diese paar Leute einen vierstägigen „Verbandstag“ veranstalteten, zu dem Delegierte außer aus den rheinisch-westfälischen Städten noch aus Hannover, Götting, Berlin, Frankfurt a. M., Mainz, Mannheim, Stuttgart, Freiburg, Regensburg, Bamberg und München herbeigekommen waren. Zu der That ein kostspieliges Vergnügen! Wie überhaupt die christlichen Gewerkschaften, so hat auch der christliche Holzarbeiterverband die meisten Mitglieder in Rheinland-Westfalen. Die stärkste Pöhlstelle ist Düsseldorf; dann folgen Köln und München. Wie aus den Verhandlungen hervorging, will der Verband auch für die Folge die Hauptkraft auf die beiden Provinzen verwenden. Der Sitz des Verbandes wurde von München nach Köln verlegt. Jedoch ist auch beabsichtigt, den Osten zu bearbeiten und in Elsaß Lothringen einzudringen. Wie der Göttinger Delegierte berichtete, bestrebt man sich, demnachst in Schlesien mit Hilfe von evangelischer Seite fünfzehn Pöhlstellen zu gründen. Der Vorstandsbericht sagt ferner: Der Verband habe jetzt auch in Polen Fuß gefaßt und es seien Statuten und einiges andere Verbandsmaterial in polnischer Sprache verfaßt worden. Anträge auf Errichtung von Verbandssekretariatsstellen in verschiedenen Gegenden Deutschlands, auf Vergrößerung des Verbandsorgans, Herausgabe eines Almanachs, wie es der deutsche Holzarbeiterverband hat, usw. wurden wegen mangels an Mitteln abgelehnt. Für Süddeutschland wurde ein Sekretär mit halber Besoldung angeheilt, der zur anderen Hälfte auf dem Münchener katholischen Volksbureau thätig sein soll. Der Verbandstag beschloß die Erhöhung des wöchentlichen Beitrages von 15 auf 20 Pf., ferner die Errichtung einer fakultativen Krankengeldzusatzkasse mit besonderen Beiträgen für die Mitglieder des Verbandes. Vielach wurde von den Delegierten das mangelnde Entgegenkommen und die Gegnerschaft der katholischen Geistlichkeit in ihrer Eigenschaft als Leiter der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine bei der Agitation für den Verband beklagt. Die ultramontanen Seelenhirten sind eben bestrebt, ihre Arbeiterschaften in den Dummhüllen der katholischen „Arbeitervereine“ zusammen zu halten.

Opfer im Freiheitskampf. Am 1. September 1899 bezog die „Erfurter Tribüne“ ihre Opfer, erlitten im zehnjährigen Kampf mit den Gerichten: 6 Jahre Gefängnis, 32 Tage Haft an Freiheits-, sowie 6300 Mark Geldstrafen, dazu noch zirka 7000 Mark Prozesskosten. Seit diesem Tage sind etwa 2 Jahre 8 Monate verlossen und in dieser Zeit sind gegen die „Tribüne“ 2 Jahre 11 Monate Gefängnis und 3 Wochen Haft verhängt worden. Außerdem wurden noch 1600 Mark Geldstrafen gegen die „Tri-

büne“-Redakteure verhängt. Die Gerichtskosten erreichten eine Höhe von 2200 Mark. In der in Betracht kommenden Zeit sind etwa 800 Nummern der „Tribüne“ erschienen. Diese 800 Nummern brachten nach Tagen berechnet 1050 Tage Gefängnis und 1600 Mark Geldstrafe, oder in noch härteren Worten ausgedrückt: In den letzten 2 2/3 Jahren kostete jede Tribünennummer 32 Stunden Gefängnis, 2 Mk. Geldstrafe und 2,75 M. Gerichtskosten! Ein theures Blatt. Um so theurer wird es der Arbeiterschaft sein.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine grundlose Denunziation wegen Majestätsbeleidigung lag wieder einmal einer Anklage zu Grunde, wegen welcher dieser Tage gegen den Schuhmacher Heinrich Körling-Pantom vor der Strafkammer in Berlin verhandelt wurde. R. arbeitete bis zum Herbst v. J. bei einem Schuhmachermeister in Pantom, gerieth mit demselben jedoch in Streit und gab infolge dessen seine Arbeit auf. Aus Rache dafür wurde nun R. von seinem ehemaligen Meister wegen Majestätsbeleidigung denunziert und zwar wegen einer Aeußerung, welche R. schon vor längerer Zeit über den Kaiser dem Meister und seiner Frau gegenüber gethan hatte, ohne daß diese irgend welchen Anstoß daran genommen hätten. Auch der Gerichtshof vermochte in der inkriminierten Aeußerung keine Majestätsbeleidigung zu entdecken und sprach infolgedessen Körling von der ihn belastenden Anklage frei.

Ein fideles Grenzbild. In der Nähe von Bernburg liegt das Dorf Reizen, welches in Ober- und Unterpeßen eingetheilt wird. Ersteres gehört zu Anhalt, letzteres zu Preußen. Alljährlich wird zu Pfingsten in beiden Orten ein großes Ringreiten gefeiert, welches mehrere Tage dauert. Nach den gesetzlichen Bestimmungen bewilligt der Amtsvorsteher den reichen Gemeinden aber nur eine kurze Frist. Trotzdem wird aber diese Frist überschritten, weil man den Tanzsaal an der Grenze auf der Wiese so aufbaut, daß die Tangenden in Preußen tanzen, wozu in Anhalt die Musik aufspielt. Wird nun die von der Gemeinde eingereichte Bitte um so und so viel Tage Tanzmusik abgeschlagen, dann geht es auf eigene Faust weiter. Dann tanzen nämlich Preußen und Anhaltiner in Preußen ohne Musik, und die Musikanten spielen in Anhalt ohne Tänzer. Zum Tanz ohne Musik braucht man keine besondere Erlaubnis, das befohrt der Gemeindevorsteher, man hat es also mit einer Tanzmusik in Preußen nicht zu thun; die Preußen tanzen einfach danach, wie die Anhaltiner pfeifen. Die Anhaltiner schließen sich beim Tanzen den Preußen an.

Er hatte bei dem Oberbürgermeister Besuch gemacht. Der Glaser und Restaurateur Gen. Steyskal in Halle a. S. hatte sich Mittwoch vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung der Polizei und des Oberbürgermeisters Stande zu verantworten. Herr Staude hat bekanntlich im November v. J. in einem Hotel gelegentlich einer vertraulichen Versammlung, an der Industrielle, Regierungs-Präsidenten und der Ober-Präsident theilnahmen, gesagt: „Wenn sich in Halle 2000 Arbeitslose melden, dann sind 1500 Lathger und Gelegenheitsarbeiter dabei.“ Der Angeklagte, der damals arbeitslos war, fühlte sich durch die Aeußerung verletzt und äußerte sich dann in einer Versammlung in angeblich beleidigender Weise über den Oberbürgermeister. Weiter kritisierte er die Polizei, welcher er vorwarf, daß sie die Beschwerden der Arbeiter nicht genügend berücksichtige. Steyskal sah sich nach einem Verteidiger um, er wunderte sich aber nicht schlecht, als er Mittwoch Morgen folgende Abfrage erhielt:

Gerechter Herr!

Ja meiner Abwesenheit ist, wie ich heute nach meiner Rückkehr von Heftigkeit erziehe, Ihre Strafsache zur Vertretung angenommen worden. Grundsätzlich bin ich gegen solche Vertretungen durchaus nicht. Ich habe aber mit meiner Frau beim Herrn Oberbürgermeister Besuch gemacht. Deshalb wäre es mehr als taktlos gegen den Herrn Oberbürgermeister von mir, wenn ich Sie in dieser Sache jetzt verteidigen würde. Sehr ergebend in Eile — folgt Unterthrift

Der Angeklagte kam auch ohne Verteidiger aus und wurde wegen Beleidigung der Polizei zu 30 Mark und wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß der Oberbürgermeister in Beziehung auf einen Theil der Arbeitslosen den Ausdruck Lathger gebraucht habe und rechnete dem Angeklagten zu gute, daß er für die Arbeitslosen eine Lanze brechen wollte.

ihren Urtheilen über ihn zu lauschen. Ja, er animirte sie dazu direkt. Er gab sich den Anschein, als wüßte er besondere Kenntnisse über „Herrn von Koloff“, und aus den Stimmungen, wie man dieselben aufnahm, suchte er sich sein eigenes Bild zu machen. „Man lernt seine eigenen Schwächen kennen in der Schwächen Anderer.“ Das war die Logik, auf die er seine Lebensphilosophie aufbaute. „Sich im Volke bewegen, so lernt man auch dessen Sprache kennen.“

Und an jenem Septembernachmittag sehen wir ihn, nach Wochen rastloser Thätigkeit, mit der er beflissen war, seine Ueberhebung nach der Residenzstadt perfekt zu machen, zum ersten Male auf der Promenade erscheinen, zweck- und ziellos seine Beobachtungen anstellen, mit dem Bewußtsein eines Menschen dahinschreiten, der eine große weltbewegende Analyse vornimmt und alle Retorten in Bereitschaft hat, und nur noch, seines Sieges gewiß, einige Stunden der Erholung bedarf.

Wenn er auch während der zehn Jahre sich so verändert hatte, daß er selbst von Leuten, denen er einst näher gestanden, nicht mehr erkannt wurde, seinem Gedächtniß waren doch noch viele eingepreßt. Ein und wieder, wenn er eine Person wahrnahm, wurde er auf einen flüchtigen Moment nachdenklich, als müsse er sich erst bestimmen, wo er sie in seinen Erinnerungen hinstellen müsse. Und dann flog ein Blickstrahl über seine Züge, und ein befriedigendes Lächeln folgte.

Wie er ja, Alles in sich anschaute und nach seiner Art und Weise sitzend, sich mehr jener Straße näherte, in der Lara Hellmann Abschied von ihrer Mutter nahm, hörte er die Worte neben sich: „Da kommt Graf Kraft.“ Alles redete die Halle in die Höhe und es folgte nach diesen zitternd laut gesprochenen Worten jene eigenartige Bewegung

Das Kri-Kri taucht wieder auf. Im Jahre 1877 wurde aus Paris unter dem Namen Kri-Kri ein Spielzeug nach Berlin eingeführt, das aus zwei mit einer kräftig wirkenden Feder verbundenen Blechplatten bestand, die man mit einem Druck des Fingers aufeinander schnellen ließ, wodurch ein knackendes Geräusch entstand. Das Kri-Kri wurde bald eine förmliche Landplage; jebermann kaufte es, und auf den Straßen, in Wirthshäusern, Theatern und Schulen machte es sich so unliebsam bemerklich, daß die Polizei schließlich gegen den Unfug vorging und das Spielzeug kurzer Hand verbot. Jetzt, nach 25 Jahren taucht es plötzlich wieder auf und ist in den Schaufenstern verschiedener Papiergeschäfte in Berlin wieder ausgehängt. Hoffentlich wird die Polizei dagegen einschreiten, ehe es den Umfang annimmt wie vor 25 Jahren.

Der Kampf um die Million. Die Universität in Leipzig hat soeben einen Prozeß gewonnen, welcher ihr eine Erbschaft von über eine Million bringt. Hofrath Theodor Hofman in Wien hatte s. Zt., nachdem er in Leipzig studirt, bei seiner Verheirathung mit seiner Gattin ein wechselseitiges Testament gemacht und seither hinterlassen, in dem für den Fall des Ablebens beider Ehegatten die Universität Leipzig als Erbin eingesetzt wurde. Im Juli vorigen Jahres starb nun Frau Hofrath Hofman, nachdem ihr Mann ihr bereits im Tode vorausgegangen, und die Universität Leipzig hoffte nun ihre Millionen-Erbschaft antreten zu können, aber die Anverwandten des Testators griffen das Testament der Verstorbenen an und klagten vor den Wiener Gerichten auf Herausgabe der Erbschaft. Die Entscheidung ist jetzt gefallen, die Verwandten sind abgewiesen worden; die Universität Leipzig erhält das hinterlassene Vermögen.

Streik im Tanzsaal. In einem großen Leipziger Tanzetablissement erhielt vorigen Sonntag die Musik plötzlich von dem Besitzer Ordre, in Zukunft in der Stunde 15 statt der bisherigen 8 Tänge zu spielen. Beabsichtigt war damit eine höhere Einnahme, da bei jedem Tanz eingesammelt wird. So tanzlustig nun auch die Jugend ist, das ging ihr denn doch über das Bohnenlieb. Beim Beginn der Sommerhize sich zu 15 Tängen pro Stunde, d. h. zu einem permanenten Perumutweln zwingen zu lassen, nur um die Taschen des Wirthes rascher zu füllen, nein, das ließ man sich unter keinen Umständen bieten! Die Tanzhize begann und siehe da, mit jedem Tanze wurden es weniger Paare, bis zuletzt die Musik vor leerem Saale spielte. Ein rasch gebildetes Tänzer- und Tänzerinnen-Komitee hatte den Streik beschlossen und alle Tänzer und Tänzerinnen parirten ohne Ausnahme Ordre. Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß der Wirth schleunigst kapitulirte und es bei dem alten Modus beließ. Der Erfolg war durchschlagend, der Streik im Handumdrehen beendet.

Die höchsten preussischen Gerichtshöfe auf dem Kriegsfuß. In Leuchern war eine für den Todten-sonntag einberufene Versammlung vom Amtsvorsteher wegen zu befürchtender Ausschreitungen verboten worden. Als Beschwerden beim Landrath erfolglos blieben, klagte unser Parteigenosse Otto aus Leuchern beim Oberverwaltungsgericht auf Verletzung des Vereinsgesetzes und des Artikels 29 der preussischen Verfassung. Auch habe das Kammergericht ein Verbot von Versammlungen am Charfreitag und Todtensonntag für gesetzwidrig erklärt. Das Oberverwaltungsgericht setzte zwar das Versammlungsverbot außer Kraft, polemisirte aber in der Begründung energisch gegen die Auffassung des Kammergerichts, wonach das Vereins- und Versammlungsleben ausschließlich seine Regelung durch das Vereinsgesetz erfahren habe. Im Gegentheil seien auch die allgemeinen Gesetze und Verordnungen maßgebend und nur weil in der Verordnung für die Provinz Sachsen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage kein Versammlungsverbot für den Todtensonntag enthalten sei, wäre das Verbot in Leuchern ungerechtfertigt. Die Berufung auf heftige Auseinandersetzungen in einer früheren Versammlung sei ebenfalls kein Verbotgrund, damit würde die Vereins- und Versammlungsfreiheit verletzt. — Wann und wie werden sich nun Kammergericht und Oberverwaltungsgericht über ihre Differenzpunkte, zu denen ja auch der Ausschluß der Frauen aus Vergnügungen politischer Vereine gehört, einigten?

Weiteres. Der Bordermann „Den Forstmeister stellen wir in den nassen Graben; vielleicht holt er sich einen solchen Rheumatismus, daß er sich pensioniren lassen muß.“ („Simplicissimus“.)

„Wie er wohl anssehen mag?“ ... „Wahrscheinlich recht griesgräugig, mit einem echten Schächergehuß und langen Bartkoteletts“ ... „Weiß Du, Alma, Bartkoteletts finde ich ganz schönlich bei einem Mann“

Und im nächsten Augenblick hörte sie den Klang einer jenen Stimme an ihrer Seite, die von einem schlanken jungen Manne kam, der in einer Art zernärrter Tracht, eine Mütze ohne Schirm aus dem Kopf, eben im Begriff war, einigen Arbeitern beim Abladen einer besonders großen Kiste die größtmögliche Schenung anzurathen.

„Man kleines Fräulein, da kommt der Gegenstand Ihrer Sehnsucht soeben angefahren ... Wirklich ein richtiges Schächergehuß mit den Ihnen so verhassten Bartkoteletts.“

„Wirklich, Alma, da ist er — ein schrecklicher Mensch“

„Wenn nur die Kleine gewußt hätte, daß der schreckliche Mensch nur Herr Robert Altsch, der ganz ehrenwerthe Geschäftsführer Koloffs, war, und wenn sie nur eine Ahnung gehabt hätte, wer denn eigentlich der junge Mann in der Art Geseamsstracht war, als sie im Beisegehen recht knippsch sagte:“

„Hörst Du nicht auch, Alma, für einen Aufseher besißt der Mann in der Mütze eigentlich viel zu viel Feuille in seiner Sprache“ ... „Wie er Dir jedes Wort nachsprach und betraute. Raketischer Mensch der“ ... „Wenn ich ihn jetzt wiedersehe, gehe ich nach der anderen Seite.“

Koloff leitete Alles selbst. Sein Sekretär saß in seiner Equipage, er ging zu Fuß. Lara Hellmann hatte Recht: er würde ein furchtbarer Schwärmer sein. Er liebte es, sich mühsam hantelnd unter die Träger zu mischen und

im Substitut, die immer entsteht, wenn Leute ihre Neugierde zu befriedigen suchen und der Personenkultus die erbittertsten Gegner lammsfromm macht. Die hohe Gestalt des Grafen wurde sichtbar und die Passanten traten auf die Seite, um der populären Exzellenz dadurch ihre Achtung zu zollen. Aus der Art und Weise, wie der Graf gegrüßt wurde, konnte man am Besten die Sympathien oder Antipathien, die das Anhängel jedes Großen, beurtheilen. Die alten Bureaunkraten krümmten sich, dabei nicht vergessend, einen schielen Blick emporen zu senden, der ihnen die Zuversicht geben sollte, ob die allmächtige Exzellenz auch den getreuen Diener gnädigst mit einem freundlichen Lächeln zu bedenken geruht hatte; ihre Gattinnen registrierten dieses Lächeln sofort und träumten dabei von dem nächsten Kaffeeklatsch, wo sie die Berechtigung in sich fühlen durften, über das gnädige Lächeln gewissenhaft Rapport zu erstatten; die Offiziere machten Front, die Badische wurden unter „seinem“ Blick über und über roth, und die Provinzialen wurden beartig von der Freude, den großen Mann von Angesicht zu Angesicht erblickt zu haben, übermannt, daß sie überhaupt das Grinsen vergaßen und mit weit aufgerissenen Munde ihm starr nachblickten.

Wer jetzt Ferdinand von Koloff genau betrachtet hätte, der hätte bemerkt, wie beim Anblick des Ministers sein sonst so klarer Blick sich verfinsterte und ein Strahl des Hasses den Grafen streifte. Aber einen Moment nur, dann zeigte seine Miene denselben Ausdruck wie zuvor, und er grüßte den Minister mit derselben Höflichkeit, mit der er vor Kurzem den Mann in der schmutzigen Blause um Feuer für seine Cigarre gebeten hatte.

(Fortsetzung folgt.)